

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 329 · 28. JAHRGANG · AUSGABE 2/2023 VOM 7. FEBRUAR 2023 · 1 EURO

5 | **Von Ärzten und blühenden Landschaften**

Bericht von der StVV Eberswalde

9 | **Die dritte Staffel**

Eskalation in der Ukraine

14 | **Vor 80 Jahren: Blockade Leningrads gebrochen**

»Alle sind tot...«

Bürgerinitiative Erneuerbare Energien Lichterfelde: Nur Gemeinsam!

Drei neue Riesen-Windkraftanlagen

Immer mehr Menschen fühlen sich den angestrebten Ausbauzielen für Windkraftanlagen ausgeliefert und durch ihren grassierenden Flächenverbrauch eingeengt und beeinträchtigt. In Lichterfelde sollen bis zum Herbst diesen Jahres drei neue Windräder mit 247 m Höhe errichtet werden! In dem Schorfheider Ortsteil hat sich eine Bürgerinitiative gebildet. Sie will den Bau der Riesen-Windräder, gerademal 1000 Meter von den Wohnhäusern in Lichterfelde entfernt, verhindern. Denn sie befürchtet nachteilige Auswirkungen für die Menschen im Ort und fragt: »Was haben WIR davon?« In ihrem aktuellen Flyer heißt es:

Uns Bürgern entstehen dabei folgende negativen Beeinträchtigungen – jedoch keinerlei Vorteile:

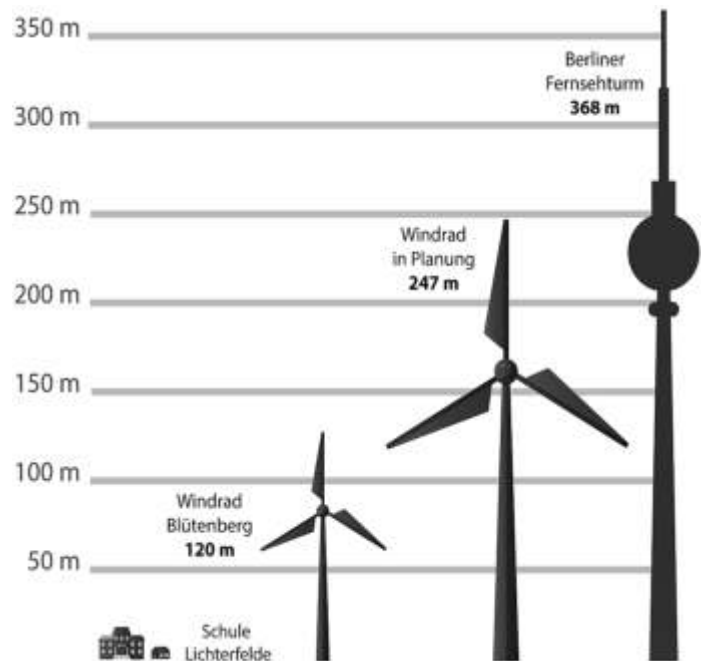
- Schädigung unseres schönen Naturschutzgebietes Buckowseerinne.
- Schädigung des Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin.
- Schädigung der Tier- und Pflanzenwelt in Lichterfelde.
- Beeinträchtigung der Gesundheit durch Lärmbelästigung, Infraschall etc. für die Anwohner von Lichterfelde und Umgebung. Insbesondere davon betroffen sind unsere Kinder, da die Windräder in unmittelbarer Nähe zur Schule und zum Kindergarten gebaut werden sollen.
- Keinerlei Vorteile für die Bürger im Ort hinsichtlich Nutzung dieser Stromerzeugung. Die Strompreise bleiben gleich oder werden deutlich teurer. Ein vom Standort ausgehender Schallpegel von 105 db wird für 25 bis 30 Jahre Laufzeit unseren Ort belasten und unser aller Leben verändern.

Wir sind eine offene Zivilgesellschaft und keine Gegner der Erneuerbaren Energien, wünschen uns jedoch bei derartigen großen Bauvorhaben im Ort eine ausreichende Bürgerbeteiligung!

Deshalb bitten wir Sie: Nutzen Sie Ihre Rechte als betroffene Bürger! Informieren Sie sich!

Die Genehmigungsunterlagen liegen noch bis einschließlich 17. Februar 2023 öffentlich aus: <https://www.uvp-verbund.de> oder vor Ort in der Gemeinde Schorfheide, Bauamt. Zur Einsicht in die Unterlagen in Papierform, einen Termin vereinbaren unter Tel. 03335 4534-17 oder per eMail an planung@gemeinde-schorfheide.de.

Einwände gegen das Vorhaben sind noch bis 17. März 2023 möglich (Vorhaben-ID G03720) beim Landesamt für Umwelt oder bei der Gemeinde Schorfheide im Bauamt.



Ein Aufruf an alle Lichterfelder. Unterstützen Sie unsere Initiative!

Wir bieten Ihnen Informationen zum Sachstand und unterstützen Sie beim Erarbeiten Ihrer Einwendung.

Ansprechpartner: Ulf Lubke (0 33 34 / 38 28 04).

Dem Klimawandel begegnen heißt: Jetzt handeln!

Berlin (bbp-tt). Der Bund deutscher Forstleute (BdF) ist die forstpolitische und berufsständische Vertretung der Forstleute in allen Waldbesitzarten Deutschlands, kurz gesagt – die Branchengewerkschaft aller Forstarbeiter.

Wie der BdF kürzlich mitteilte, sind die Forstleute in großer Sorge über den Zustand unserer Wälder. Diese befinden sich seit fast zwei Jahren im extremen Klimastreß und die Forstleute im permanenten Katastrophenmodus (www.bdf-online.de/foresters4future).

Seit 2018 zeigt sich der menschengemachte Klimawandel deutlich in unseren Wäldern. 285.000 Hektar Waldbestände sind bisher abgestorben, 79 Prozent der Waldbestände sind geschädigt oder stark geschädigt

(Stand 2021). Die Jahrhundertaufgabe für Forstleute und Waldbesitzende: Neben der Schadensbewältigung sind bis 2050 ein Viertel der Wälder Deutschlands zu klimaresilienten Waldökosystemen umzubauen, das entspricht einer Waldfläche von 2,85 Millionen Hektar.

Der Verband fordert deshalb, daß ein Umdenken in der Gesellschaft stattfindet und in Bund und Ländern sofort alle Anstrengungen forciert und gebündelt werden, um dem Klimawandel entgegen zu wirken. Für ein strategisches Maßnahmenpaket schlägt der BDF dazu den »Carlo-witz-Plan« vor, dessen Maßnahmen den Wald in all seinen Funktionen und als wichtige systemrelevante Lebensgrundlage und Erbe für uns Menschen erhalten soll.

Ein zu heilendes Geschwür 57. Hilfstransport für Kriegsopfer

Wenn es einen Moment gibt, der das ganze Jahr 2022 irgendwie zusammenfaßt, dann war das der 9. Mai in Treptow. Alles, was das Jahr prägte, war dort zu finden.

Die Berliner Regierung hatte es für angemessen gehalten, Ukrainer auf dem Gelände des Ehrenmals gegen die Feier demonstrieren zu lassen, sie hatte die Siegesfahnen verboten, russische Fahnen, die Fahnen der Donbass Republiken, Militärmusik, schlicht, fast alles, was diesen Tag sonst ausmachte. Die Ukrainer, hier als Flüchtlinge aufgenommen, liefen herum und suchten nach Verstößen, und die deutsche Polizei verfolgte sie dann... So, wie es in Deutschland inzwischen strafbar ist, zu sagen, die Ukraine werde von Nazis regiert und es sei gut, wenn russisches Militär dem ein Ende setzt; wenn Strafen verhängt werden für das Zeigen des Z. So liefen sie in Treptow herum, um die Feiernden anzuzeigen zu können. Aber wir haben trotzdem gefeiert, und das war die andere Seite dieses Tages.

Trotz all derjenigen, die blaugelbe Fahnen schwenkten, standen plötzlich Hunderte von Menschen zusammen und sangen Lieder. Auch die verbotenen. Die Polizisten kannten die Lieder nicht. An einem anderen Augenblick kamen, ganz ungeplant, eine ganze Reihe von Menschen nacheinander in einen Kreis und zeigten die Fahnen der verschiedenen Sowjetrepubliken, die sie unabhängig voneinander - mitgebracht hatten, und ich hielt dort eine Rede.

Es war also alles anwesend. Die Erinnerung an die Vergangenheit, der Sieg über den Faschismus, durch dieses großartige Mahnmahl; die immer engere Nähe auch der deutschen Behörden zum Faschismus; aber genauso die Freundschaft, die es zwischen einem Teil der Deutschen und den Russen immer noch gibt, der Wille, zu widerstehen, und selbst die List, Mut und die Kühnheit, die es dafür braucht. Es war schlimm, diesen Versuch zu sehen, die Feier zu zerstören, aber es hat auch Mut gemacht, trotzdem zu feiern.

Es ist keine Metapher, sondern politisch und sogar juristisch belegbar, daß der Nazismus, der in der Ukraine gezüchtet wurde, sich immer tiefer in Westeuropa ausbreitet. Man denke nur an den Beschluß des Bundestags zum »Holodomor«, der es jetzt zu einer Straftat macht, einer Geschichte zu widersprechen, die von der Nazi-propaganda erfunden wurde! Wenn man all das sieht, kann man sich für das kommende Jahr nur eines wünschen - daß dieser Nazismus in der Ukraine eine gründliche Niederlage erleidet. Daß die Antifaschisten, die es dort nach wie vor gibt, endlich wieder frei atmen können und dieser irrsinnige Haß, der dort heute auf alles Russische gezüchtet wird, endet. Es ist ja nicht nur metaphorisch ein Bruderkrieg, sondern ganz konkret, ein Riß, der mitten durch Familien gezogen wurde. In der Ukraine ist dieses Geschwür aufgebrochen, in der Ukraine muß es geheilt werden.

LIANE KILINC (Friedensbrücke e.V.)

Wandlitz (bbp). Der mittlerweile 57. Hilfstransport des Wandlitzer Vereins Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe e.V. (www.fbko.org) startete Ende Januar mit 20 Tonnen Hilfsgütern in Richtung Donbass.

Der Verein leistet seit acht Jahren Hilfe in Kriegs- und Krisengebieten sowie auf Fluchtrouten und organisierte bzw. unterstützte bereits mehr als 800 Hilfsprojekte in Serbien, Kroatien, Bulgarien, Kuba, Berg-Karabach, Jemen, Syrien und im Donbass. In der BRD erregte kürzlich der Versuch des Eberswalder Finanzamtes Aufsehen, dem Verein die Gemeinnützigkeit zu entziehen (vgl. »Die falschen Kriegsopfer« in BBP 10/2022).

Spenden an den Verein können via Überweisung an Liane Kilinc - Stichwort: Transport, IBAN: DE44 5001 0517 5441 3653 35 oder per paypal: friedensbruecke@gmx.de geleistet werden.



FOTO: FRIEDENSBRÜCKE-KRIEGSOFFER E.V.

Benefizkonzert für Ukrainehilfe Panketal

Am 25. Februar findet in Panketal das zweite vom Verein »Kunstbrücke Panketal« organisierte Benefizkonzert zugunsten der Ukrainehilfe Panketal statt. Trauriger Anlaß ist der fast auf den Tag genau ein Jahr währende Krieg in der Ukraine.

Zu diesem Konzert erwartet die Kunstbrücke Panketal auch musikalische Gäste aus der Ukraine: Die 16 Sängerinnen, Sänger und Musiker:innen sind zwischen acht und 22 Jahre alt und stammen aus der Stadt Lwiw (Lwow, Lemberg). Einige von ihnen sind Schülerinnen und Schüler des Gesangsstudios des Kinderkunstzentrums »FoRa«, andere gehören dem Familienensemble »Kudovba Four« an. Begleitet werden die Kinder und Jugendlichen von Volodymyr Kudovba, Leiter des Kinderkunstzentrums, sowie von Ulyana Pasternak, künstlerische Leiterin des Kinderkunstzentrums.

»Als wir im letzten Jahr gemeinsam mit dem Leiter des Sheptytsky-Krankenhauses in Lwiw die Idee eines Gastauftritts diskutierten, ahnten wir nicht, welche logistische Herausforderung das werden würde«, erläutert Niels Templin, Vorsitzender der Kunstbrücke e.V.. »Dank der Unterstützung der Gemeinde Panketal und des Bürgermeisters ist es uns gelungen, die letzten

Hürden zu nehmen. Wir freuen uns sehr auf den Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen aus Lwiw, auf den Austausch, die Gespräche und die kulturellen Bande, die wir vom Barnim aus in die Ukraine knüpfen werden. Dankbar sind wir auch dem Gymnasium Panketal, welches uns die Räumlichkeiten für das Benefizkonzert unentgeltlich überläßt.«

Das Benefizkonzert am 25. Februar beginnt 16.30 Uhr in der Mensa des Gymnasiums Panketal. Neben den ukrainischen Gästen treten dort Künstlerinnen und Künstler der Musikschule »Hugo Distler e.V. Eggersdorf« und der Neuen Musikschule Barnim auf.

Die Spenden des Abends kommen der Ukrainehilfe Panketal zugute und werden in Teilen auch dem Sheptytsky-Krankenhauses in Lwiw zur Verfügung gestellt, um die medizinische Versorgung der Bevölkerung weiter zu unterstützen.

THORSTEN WIRTH

NATO-Truppen in die Ukraine

Der Werchowna Rada, dem Parlament der Ukraine, wurde am 23. Januar 2023 der Gesetzentwurf Nr. 8376 »Über das Verfahren der Aufnahme und die Bedingungen des Aufenthalts von Einheiten der Streitkräfte anderer Staaten

auf dem Territorium der Ukraine« vorgelegt. Damit macht die Ukraine den Weg frei für den Einsatz regulärer ausländischer Truppen, beispielsweise Polens, auf dem Territorium der Ukraine. (bbp)

ICH FINDE DIE FORDERUNGEN AN DEN KANZLER ETWAS UNGERECHT, WEIL WIR JA JETZT IN DER PANZERFRAGE GESEHEN HABEN, DASS ES NUR EINE INSTANZ GIBT, DIE DAS ENTSCHEIDET – NÄMLICH DER AMERIKANISCHE PRÄSIDENT.

BRD-Verteidigungsminister BORIS PISTORIUS in Welt-TV am 26.01.2023

Linke in der LINKEN:

Gegen Krieg und Kriegsbeteiligung!

Auf den Albtraum des Krieges in der Ukraine reagieren die Regierenden dieses Landes immer nur auf eine Weise: noch mehr Waffen und noch mehr Geld für noch mehr Zerstörung und Tod. Wir brauchen dringend eine linke Alternative, die sich kraftvoll, laut und deutlich gegen diese Militärlogik stellt. Die immer weitere Eskalation des Krieges, schlimmstenfalls bis hin zu einem atomaren Dritten Weltkrieg zwischen der NATO und Rußland sowie China, muß unbedingt verhindert werden. Wir fordern:

- eine diplomatische Initiative der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziel eines umgehenden Waffenstillstands und Verhandlungen über ein Ende des Krieges, ohne Vorbedingungen
- Schluß mit Waffenlieferungen an die Ukraine und in andere Kriegs- und Krisengebiete
- Schluß mit Wirtschaftssanktionen, die die Bevölkerungen treffen, Schluß mit dem Wirtschaftskrieg
- keine weitere Aufrüstung der Bundeswehr, der EU und der NATO – Abrüstung ist das Gebot der Stunde
- eine Politik der Entspannung, der gemeinsamen Sicherheit in Europa und der internationalen Zusammenarbeit zur Bewältigung der großen globalen Herausforderungen Frieden, Klimaschutz, gerechte Entwicklung.

Wir fordern den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE auf, sich aktiv für die Durchsetzung dieser Forderungen einzusetzen. Linke müssen sich eindeutig und klar gegen die weitere Eskalation des Krieges und gegen jede deutsche Mitwirkung dabei wenden. DIE LINKE muß die friedenspolitischen Positionen ihres Erfurter Programms endlich wieder ernst nehmen, sonst gibt sie sich auf und ist nur noch ein Anhängsel des herrschenden Blocks. Mit diesem Friedensprogramm muß DIE LINKE unverzüglich eigene parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen starten sowie zu den Ostermärschen und weiteren Aktionen der Friedensbewegung aufrufen und mobilisieren!

Dieser Appell wurde initiiert von linken oppositionellen Zusammenschlüssen in der Partei DIE LINKE:

Aufbruch Neue Politik (Hamburg), Karl-Liebknecht-Kreis Brandenburg, Karl-Liebknecht-Kreis Sachsen-Anhalt, Liebknecht-Kreis Sachsen, LAG Innerparteiliche Bildung und Theorie LINKE Niedersachsen, LAG Linksrum Hessen, Quo Vadis Die Linke? (Hamburg), Sozialistische Linke.

Kreativwettbewerb für junge Menschen

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Zierke ruft Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 20 Jahren dazu auf, sich am Kreativwettbewerb für den diesjährigen »Otto-Wels-Preis für Demokratie 2023« zu beteiligen. Sie sind aufgefordert, sich kreativ mit dem Thema »Zusammenhalt für Demokratie und Frieden«, 78 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, zu beschäftigen.

»Wir suchen kreative Ideen, mit denen sich junge Menschen mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Aufbruch in ein friedliches Europa auseinandersetzen«, so Stefan Zierke. Der Abgeordnete ist überzeugt: »Gerade in der heutigen Zeit tun wir gut daran, an die Schrek-

ken des Zweiten Weltkrieges zu erinnern. Es ist sehr wichtig, zu versöhnen und eine friedliche und positive Zukunft zu schaffen, ohne die Vergangenheit aus dem Blick zu verlieren.«

Mit dem »Otto-Wels-Preis« zeichnet die SPD-Bundestagsfraktion junge Menschen mit kreativen Ideen aus. Die Teilnehmenden können dabei aus zwei verschiedenen Aufgabenstellungen und aus unterschiedlichen Darstellungsformen – von einer Rede über Fotografien bis hin zu Videos oder Essays – auswählen. Der Preis soll einen Beitrag dazu leisten, daß sich junge Menschen mit Erinnerungskultur und einem friedlichen Zusammenleben in Europa beschäftigen. Die Wettbewerbsausschreibung

und das Teilnahmeformular sind unter www.spdfraktion.de/ottowelspreis abrufbar. Einsendeschluß ist der 17. Februar.

»Die Preisträgerinnen und Preisträger laden wir zur Preisverleihung nach Berlin ein«, kündigt Stefan Zierke an. Zudem winken attraktive Geldpreise, die von den SPD-Bundestagsabgeordneten gestiftet werden. Anliegen des Preises ist es, die Erinnerung an die Schrecken der Nazi-Herrschaft wachzuhalten und das gesellschaftliche Bewußtsein dafür zu schärfen, daß die Grundlagen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit immer wieder erneuert und gefestigt werden müssen.

KURT FISCHER

Rheinmetall oder Bundeskanzler – wer regiert die BRD?

Die Bundesregierung, namentlich der Bundeskanzler, prüft die potentiellen Folgen von Waffen(Panzer-)Lieferungen und letztlich entscheidet der Kanzler, denn dafür hat er ein relatives Mandat (»dem Wohle des deutschen Volkes« GG Art. 56)!

Siebzig Prozent der ostdeutschen Bevölkerung incl. Berlin (vermutlich jedoch ohne Zehlendorf und Prenzlauer Berg) sind nicht nur gegen Panzer, sondern überhaupt gegen Waffen! Und da kommt dann Rheinmetall um die Ecke und sagt auf eigene Faust »Wir können sofort Leopard-Panzer liefern«.

Wer regiert eigentlich dieses Land? Die Rüstungsindustrie, deren Bundestagslobbyisten oder der Bundeskanzler? Die Rheinmetall-Aktie ist während des Ukraine-Krieges auf das Dop-

pelte angestiegen – Kurs 214 (Frankfurter Börse, 25.01.2023) – noch Fragen?

Schlußfolgerung aus unseren sozialistischen und den Jugendzeiten von Olaf Scholz' Jusos: Solche Unternehmen gehören an die Kette gelegt und in Staatshand. Sie dürfen nicht als Spielwiese kriegsaffiner Profiteure und deren politischen Fahnenträgern bei CDU, FDP und GRÜNEN fungieren!

Sarah Wagenknecht (DIE LINKE) hat am 25. Januar im Interview mit dem Deutschlandfunk darauf hingewiesen, daß der Weg zum Frieden nicht über Waffenlieferungen, sondern über diplomatische Bemühungen der Europäer zu finden ist und die Ankündigung von Selenskis »Krim-Bevollmächtigter«, der Krimtatarin Tamila Rawilowna Taschewa, daß nach der »Be-

freitung« der Krim durch die Ukraine 800.000 Russen die Krim zu verlassen haben, sicher nicht zum Frieden, sondern zum nächsten Genozid führen soll.

Hier drängt sich die Frage auf: Wird die BRD die Krim-Russen auch alle ohne Ansehen der Person visafrei aufnehmen und in unsere Sozialsysteme integrieren?

Worüber streiten sich die Linken mit Frau Wagenknecht? Eine klarere Haltung zum Frieden ist bei kaum einem Aktivisten im Bundestag zu finden.

Dem Kanzler kann man nur auf den Weg geben: Mit Panzerlieferungen an die Ukraine wird er in Ostdeutschland die nächsten Wahlen als SPD-Splitterpartei erleben!

BERND C. SCHUHMANN | 3

Druck erzeugt Bewegung:

Warmwasser in Sporthallen

Der Druck hat gewirkt. Die Warmwasserduschen in den städtischen Sporthallen werden wieder angestellt. Wir begrüßen das Einlenken des Bürgermeisters. Unsere Forderung vom November 2022 wird damit umgesetzt. Anfangs hieß es noch, daß das Abstellen rechtlich geboten sei. Dann konnte unsere Fraktion nachweisen, daß dies juristisch nicht zutreffend ist. Ebenso stimmte es nicht, daß die Warmwasserduschen nur durch einige wenige Sportler genutzt werden. Der Bedarf ist vor allem in der kalten Jahreszeit gerade aus hygienischer und gesundheitlicher Sicht eindeutig gegeben.

Die Entwicklung verdeutlicht, daß es sich lohnt, Druck zu machen. Wir freuen uns über das Ergebnis, denn es zeigt, daß eine kritisch-konstruktive Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung wirkt. Uns als BVB/Freie Wähler ist eine weitreichende Unterstützung der Sportvereine sehr wichtig. Die Bereitstellung von Warmwasser ist hierbei für uns eine Selbstverständlichkeit.

ANETTE KLUTH, Fraktionsvorsitzende

Ein Runder Tisch

Eberswalde (bbp). Seit Ende 2022 gibt es in Eberswalde wieder ein »Bündnis für Frieden«.

Dahinter stehen Menschen, die zum Teil bis zum Herbst bei der wöchentlichen Montagsdemonstration mitliefen, sich aber zunehmend vom Veranstalter abgestoßen fühlten. Dort entstand letztlich die Idee, statt gegeneinander zu krakeelen, über gesellschaftliche Streitpunkte sachlich miteinander zu diskutieren. Dafür wurde die alte Idee vom »Runden Tisch« hervorgeholt, der am 30. Januar mit dem brisanten Thema »Ungeimpfte - Sündenböcke der Pandemie« startete.

Als Einladerin fungierte Henriette Schubert, in Eberswalde bekannt geworden als Kandidatin zur 2022er Bürgermeisterwahl. Die gelernte Soziologin führte gekonnt und mit vielen Fakten in das Thema ein. Die »noch immer wirkenden Folgen der staatlich verordneten Corona-Maßnahmen« sollen, so das Anliegen, in eine öffentlich reflektierende Debatte münden. Die Maßnahmen hinterließen »eine zutiefst gespaltene Gesellschaft« mit einer Etablierung von Mobbing und Diskriminierung in allen gesellschaftlichen Bereichen, ohne daß das öffentlich thematisiert werde.

Die folgende Diskussion stand unter der Frage: »Wie überwinden wir die Spaltung? Wie finden wir wieder zueinander?« und unter dem Eindruck, den die öffentliche Absage vom Bündnis Unteilbar über die Presse bekanntgegeben hatte. Einen ausführlicheren Bericht gibt es in der nächsten BBP-Ausgabe. Der »Runde Tisch« #2 soll am 27. Februar stattfinden.

Eberswalder Arbeitsrichter gewinnt

Eberswalde (bbp). »Ein Paukenschlag kurz nach Weihnachten«, heißt es in einer Pressemitteilung der Landtagsfraktion BVB/Freie Wähler vom 27. Dezember, sei die Entscheidung des Dienstgerichtes des Landes Brandenburg beim Landgericht Cottbus, das den Eberswalder Arbeitsrichtern gegen deren Zwangsversetzung Recht gegeben hat.

Justizministerin Hoffmann hatte im Alleingang und gegen zweimaliges Votum des Richterwahlausschusses festgelegt, daß die zwei Arbeitsrichter an entfernte Standorte versetzt werden. Die Fraktion habe den Schritt schon damals kritisiert. Die nun ergangene Eilentscheidung vier Tage vor Schließung des Arbeitsgerichts bestätige die von Anfang an

erhobene Kritik. »Der Beschluß des Gerichts ist ein Sieg für den Rechtsstaat und eine Ohrfeige besonderen Ausmaßes für die Justizministerin«, erklärte Fraktionsvorsitzender Péter Vida.

Die Entscheidung zeige auch, daß »das beratungsresistente Handeln der Justizministerin« rechtsstaatliche Grenzen erfährt. »Ich fordere von der Justizministerin, die Entscheidung zu akzeptieren und das Verfahren nicht weiter zu betreiben. Die Richter und der Standort Eberswalde haben Stabilität und Perspektive verdient«, so Péter Vida, der auch Mitglied im Rechtsausschuß ist, abschließend. Der Beschluß ist auch wichtiges Zeichen für den Nordosten Brandenburgs im Hinblick auf zügige Gerichtsverfahren.

Kitas, Kooperation und Ortsteile

Ein neues Jahr hat begonnen. Die Hoffnung, daß es am Ende ein friedliches sein wird, ist gering. Sorgen kommen hinzu über steigende Energiekosten und die damit einhergehende allgemeine Inflation, die den kommunalen Haushalt im Jahr 2023 belasten werden.

Unsere Fraktion wird sich den daraus ergebenden Aufgaben stellen. Im Dezember haben wir unseren Arbeitsplan für das Jahr 2023 beschlossen. Die im Vorjahr begonnenen Aktivitäten zu Verkehr und Klimaschutz werden wir weiterbearbeiten. Im weiteren Jahresverlauf wollen wir uns den Themen Kita und Schule sowie Verbesserungen in der demokratischen Mitsprache in den Ortsteilen widmen. Dem permanenten Mangel an Kitaplätzen in Ebers-

walde muß endlich abgeholfen werden, wobei möglichst wohnortnahe Kitastandorte anzustreben sind. Hierbei sollten auch Initiativen, die sich außerhalb der zuständigen Verwaltung entwickeln, positiv aufgenommen und Kooperationen mit Nachbargemeinden nicht ausgeschlossen werden. Und um kleinere Kindertagesstätten wirtschaftlich betreiben zu können, sollten Zweig-Kitas möglich sein.

In den Ortsteilen sind neben strukturellen Verbesserungen vor allem eine Erweiterung der demokratischen Mitsprachemöglichkeiten der Ortsteilvertretungen im Rahmen der Brandenburgischen Kommunalverfassung möglich.

MIRKO WOLFGGRAMM, Die PARTEI
Alternative für Umwelt und Natur

Begegnungskultur-Abend

Bernau (sm). Nach fast zehn Jahren Pause startete Silke Maier wieder mit dem Veranstaltungsformat »UnternehmBAR«. Was macht diese Veranstaltung besonders?

Die Initiatorin möchte gerade in diesen Zeiten Räume öffnen, für eine besondere Begegnungskultur und den Menschen der Region damit ein Gesicht geben. Am 20. Januar fand der erste Begegnungskultur-Abend im Bernauer Stadtmuertreff statt. Thema war »Neubeginn - Tiefpunkte als Quelle für Neues«.

Es ist nicht immer leicht zu erkennen, wir wollen es nicht wahrhaben oder es wird uns erst viel später bewußt: Aus Tiefpunkten erwächst oft die größte Kraft für Neues. Negatives als Chance zu verstehen, wurde für Andrea Schröder im Laufe ihres Lebens immer deutlicher. Sie, die 2013 ihren eigenen Verlag in Bernau gründete, war die Impulsgeberin für die Januarveranstaltung. Beim kleinen Imbiß vom Mitbring-Buffet kam man miteinander ins Ge-

spräch, knüpfte neue oder stärkte bestehende Kontakte. In der anschließenden DISKUTHEK war in entspannter Runde zu erfahren, wie die Teilnehmer selbst vom Netzwerk profitieren können.

Lernen Sie die Initiative »Kultur & LebensART Barnim« kennen und gestalten Sie den Begegnungsraum mit! Schnuppern? Ihre Investition in Verbindung mit netter Gesellschaft und Wissenshappchen beim ersten Mal beträgt 7,50 Euro pro Veranstaltung. Anmeldung direkt bei Silke Maier unter 0176-97584468 (WhatsAPP möglich) oder über die Webseite www.kultur-lebensart.de.

Jeden dritten Freitag im Monat stehen beim »UnternehmBAR: Begegnungskultur-Abend« der Austausch von Wissen, Information und Empfehlungen im Vordergrund. Dieser richtet sich vorrangig an Vereine, Gründer und (Jung-)Unternehmer und Menschen, die über Ihre Herzensziele sprechen wollen.

Von Ärzten und blühenden Landschaften

Bericht von der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung

Am 13. Dezember 2022 bei der finalen Abschlußversammlung des Jahres waren etliche ehrenamtliche Kommunalpolitiker online zugeschaltet, so daß einige nicht mehr auf den angezeigten Bildschirm paßten, wodurch die Abstimmung manchmal per Stimme bekräftigt werden mußte. Aber es funktionierte.

Für die meisten Einwohner gehört die gesundheitliche Versorgung zu den ganz zentralen Themen. Im ländlichen Raum, wozu auch Eberswalde gezählt werden muß, sind Mediziner knapp, und immer wieder gehen Ärzte in den Ruhestand ohne einen Nachfolger zu finden, wie jetzt geschehen bei Dr. Pohle, der im Leibnizviertel seine Praxis hatte. Die Stadtverordneten haben nun auf Vorschlag der Fraktionen SPD|BfE und CDU beschlossen, die Mittel für die Neuansiedlung von Facharztpraxen in ihrem sogenannten Wachstums- und Konjunkturpaket III für das Jahr 2023 um 50.000 Euro aufzustocken.

Eigentlich, warf der Stadtverordnete Zinn ein, sei das die Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung. Die Stadt brauche zudem nicht nur privilegierte Ärzte, sondern auch Lehrer, Erzieher, Handwerker, Pflegekräfte und Rettungspersonal. Doch der städtische finanzielle Spielraum ist begrenzt.

Begrenzt ist auch der Spielraum der Stadt beim Bebauungsplan für das »Specht«-Grundstück, auf dem ein Investor ein U-förmiges Wohngebäude errichten will. Da der Stadt das Grundstück nicht gehöre, so Baudezernentin Anne Fellner, könnte sie auch nicht darauf Einfluß nehmen, ob der zu beschließende B-Plan in Wirklichkeit auch umgesetzt wird.

Wir können das alle momentan schon mal beim Projekt »Schwärzblick« feststellen, wo sich nach dem Abriß auch nichts tut. Aber in Bezug auf den »Specht« wäre es schon ein Gewinn, wenn tatsächlich ein Abriß erfolgte und die Ruine verschwände. Was aus dem dort wohnenden Obdachlosen wird, interessiert niemanden.

Jedenfalls gibt es große Pläne und der o.g. Stadtverordnete vermutet hinter dem Bebauungsplan nur ein Mittel des Eigentümers zum Zweck des gewinnbringenden Weiterverkaufs. Also nur eine Geldgenerierungsmaschine. Nein, das wollen die Stadtverordneten Karin Oehler und auch Irene Kersten nicht so sehen. Sie hof-

fen, daß jetzt endlich eine Chance da ist, die jahrzehntelange Misere zu beenden. Der B-Plan wurde beschlossen, auch mit der Stimme von Carsten Zinn, der im dortigen Brandenburgischen Viertel der Ansprechpartner für die Sorgen und Nöte der Einwohner ist.

Daß der bundesweite Warntag angeblich ein Erfolg gewesen sein soll, wie Prof. Jan König feststellte, der als Dezernent verschiedene Aufgaben in der Stadtverwaltung wahrnimmt, kann der Autor nicht bestätigen. Weder hörte man eine Sirene heulen noch kam eine SMS aufs Handy. Zugegeben, sagte Dezernent König, in der Stadt gebe es keine Sirenen mehr, nur an Randgebieten, und auch die funktionierten nicht mit dem neuen Warnsystem. Die Feuerwehrrkräfte werden über Funkpieper alarmiert und bräuchten keine Sirenen mehr. Man müßte also wieder Sirenen installieren und da seien noch die Standorte zu klären.

Weiterhin gab es den Bericht des Zoobeirats, der viele nüchterne Fakten enthielt. Weniger nüchtern war hingegen die Verabschiedung des langjährigen Zoodirektors Dr. Bernd Hensch, der in einer emotionalen Rede nochmal an die Zeit direkt nach der Wende erinnerte, als die damaligen Abgeordneten, selber entlassen und mittellos, dem Zoo ihre Sitzungsgelder spendeten, damit der wieder auf die Beine kommt. Über hundert Stadtverordnete und acht Bürgermeister hatte Dr. Hensch in seiner Zeit im Eberswalder Tierpark, der unter seiner Leitung zum Zoo umbenannt wurde, und man kann nur dankbar sein und stolz auf das Erreichte. Der Vorsitzende der Sitzung Martin Hoeck bedankte sich auch noch einmal und bemerkte, daß Bernd Hensch dem Zoo sicher noch auf die eine oder andere Art erhalten bleibt, nun unter der neuen Direktorin Paulina Ostrowski.

Die Einwohnerfragestunde konnte leider nur vor Ort verfolgt werden, da der Livestream aus Datenschutzgründen grundsätzlich unterbrochen wird, es sei denn der Fragestellende stimmt der Übertragung vorher schriftlich zu. Sebastian Walter (Die Linke) nahm sehr verspätet an der Sitzung teil und dann auch nur als Online-Zugeschalteter. Wahrscheinlich hatte er eine Erkältung, wie es vielen derzeit im Lande geht.

JÜRGEN GRAMZOW

Korruptis aller Länder, vereinigt euch!

Das könnte die Überschrift über europäische »Eliten« sein. Es reicht von Brüssel bis Kiew. Darf man ein Regime korrupt nennen, das an einem Tag vier Vize-Minister und fünf Gouverneure entlassen muß, davon einen mit 400.000 Dollar? Bei der »Heimatverteidigung« die Ta-

schen mit den europäischen Hilfsgütern gefüllt, weil die Gelegenheit günstig war; und die verteidigen meine Werte? Mit den Panzern aus unseren Steuergeldern?

Ich glaub's nicht!

BERND C.SCHUHMAN

1000 Euro für eine Bank

Eberswalde (bbp). Nein, hier geht es nicht um ein insolventes Finanzinstitut, das billig erworben werden kann, sondern um neue Sitzbänke für die Stadt Eberswalde.



FOTO: FLORIAN HELMANN (PRESTEW)

Eine der neuen Sitzbänke fand ihren Platz zwischen Eichwerder Straße und dem Hausberg.

Einem Stadtverordnetenbeschuß folgend ist der Eberswalder Bauhof aktuell dabei, heißt es in einer städtischen Pressemitteilung vom 25. Januar, »insgesamt 15 neue Sitzbänke auf das gesamte Stadtgebiet zu verteilen. Für die Standorte der Bänke wurden Vorschläge der Eberswalder Ortsvorsteher, des Seniorenbeirats sowie bekannte Hinweise weiterer Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt.« Eine erste Ausschreibung habe es bereits im Frühjahr 2022 gegeben, die jedoch im Sommer »aufgrund nichtwirtschaftlicher Angebote wiederholt werden« mußte. »Anfang August konnte die Auftragserteilung schließlich erfolgen. 15.000 Euro, also 1.000 Euro pro Bank, investiert die Stadt Eberswalde in das Projekt. Hergestellt wurden die Bänke von einer Werkstatt für behinderte Menschen in der Mark Brandenburg.«

Bürgermeister Götz Herrmann freut sich persönlich über die Realisierung des Projektes, »da die Erweiterung von Ruhe- und Sitzangeboten im öffentlichen Raum zu meinen Schwerpunkten im Wahlkampf zählte. Mein Dank gilt hier auch den Stadtverordneten, welche dem entsprechenden Änderungsantrag zum Haushalt 2022/2023 mehrheitlich zugestimmt haben.« Mit der Schaffung der neuen Sitzgelegenheiten im Stadtgebiet leiste die Stadt Eberswalde einen Beitrag zur Erleichterung des Alltags der Bürgerinnen und Bürger – insbesondere für ältere Generationen.

Im Rahmen des Nachtragshaushalts 2023 sind weitere Mittel zur Schaffung neuer Sitzgelegenheiten im Stadtgebiet vorgesehen.

Rentensprechstunde

Eberswalde. Wohnanlage am Richterplatz (Mauerstr. 17) am 8.2., 10-12 Uhr.

Biesenthal. Begegnungsstätte (August-Bebel-Str. 19) am 8.2., 13-15 Uhr.

Bernau. Begegnungsstätte (Sonnenallee 2) am 15.2., 10-15 Uhr.

Nur mit Anmeldung bei Frau Nikitenko unter 03338/8463. **ANDREA HOEHNE**

Im Kampf gegen Hitler am 31.1.1933:

Generalstreik in Mössingen

Die als »Mössinger Generalstreik« bezeichneten Aktionen eines bedeutenden Teils der Arbeiterschaft der kleinen von der Textilindustrie geprägten württembergischen Ortschaft Mössingen am nördlichen Rand der schwäbischen Alb gelten deutschlandweit als der einzige Versuch, die »Machtergreifung« Adolf Hitlers am ersten Tag nach dessen Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933, also schon zu Beginn der formellen Herrschaft des Nationalsozialismus, durch einen Generalstreik zu vereiteln. (kd)

Gedenktag

Bernau (bbp-ber). Gedenken am Bahnhofsvorplatz mit vielen Blumen und mahnenden Worten am 27. Januar 2023.

Neben vielen Stadtverordneten und Bürgern legten Bürgermeister André Stahl und der Vorsitzende der StVV Daniel Sauer gemeinsam Blumen am ODF-Denkmal nieder.

Auch am Gedenkstein im Ortsteil Schönow fanden sich Bernaus Bürgermeister und der Ortsvorsteher Sven Grosche ein, um die Opfer des Faschismus zu ehren. Sie betonten, wie wichtig das Erinnern ist, gerade in der heutigen Zeit, in der wieder Leid durch Krieg entsteht. Annkatrein Becker von der Schönower Arbeitsgemeinschaft Zeitgeschichte lud zur feierlichen Einweihung von Zusatzschildern am 8. Februar 2023 um 9.30 Uhr ein. »An dem Tag wollen wir die Widerstandskämpfer Wolfgang Knabe, Marie Burde, Auguste Haase und Willi Seng ehren«, so die Schönowerin.

Freude schenken

Weihnachten, das Fest der Liebe und Geschenke, ein Fest, das für viele Menschen nichts anderes ist als auch der Alltag und irgendwie doch was Besonderes. Nur nicht jeder kann es so feiern, wie er gerne möchte.

Ein solcher Mensch ist Janko Kleinlein aus der Gemeinde Schorfheide. Er lebt seit 8 Jahren im Ortsteil Lichterfelde und seit zwei Jahren holte ihn krankheitsbedingt die Arbeitslosigkeit ein. Er lebt allein und zu seinem Unglück ereilte ihn zur Weihnachtszeit auch noch ein großer Wasserschaden in seiner kleinen Wohnung, die eigentlich seitdem nicht wirklich bewohnbar ist. Ein kleines Zimmer muß reichen. Einen anderen Ausweich gibt es nicht. Die Hilfedürftigkeit der Menschen ist oft so versteckt und niemand bemerkt es.

An Tagen wie Weihnachten und Ostern beschenkt der Verein Gemeinsam Lichterfelde e.V. Menschen, die solche Hilfe benötigen. Einfach eine kleine Freude bereiten, was in anderen Familien Selbstverständlichkeit geworden ist. »Wahre Harmonie beginnt immer bei uns

Ein GroßTraumBüro in Eberswalde

Ein neues Jahr steht an... Zeit zum Durchatmen und anders machen! Wie und unter welchen Bedingungen sitzt du am Schreibtisch? Allein zuhause? In der Gruppe am zu kleinen Küchentisch? Was brauchst du, um gut arbeiten zu können?

Wir gründen einen gemeinschaftlichen Arbeitsraum in Eberswalde. Diesen gestalten wir nach den Bedürfnissen von allen, die dabei sind. Am 15. Februar findet unser erstes Treffen statt, im »Kiez Eck«, Ruhlaer Str. 19, 16225 Eberswalde, von 18 bis 20 Uhr.

Was haben wir vor?

Die Gründung eines gemeinschaftlichen Arbeitsraums, in dem Menschen ihre Schreibtischarbeit erledigen, Nachhilfe geben oder Gruppentreffen abhalten können (und mehr).

Dabei sind sie mehr als nur Mieterinnen und Mieter! Sie gestalten, nutzen und pflegen den Raum nach ihren Bedürfnissen. Anfallende Aufgaben und Ausgaben werden untereinander verteilt. Wir haben Lust auf Gemeinschaft! In unserem Arbeitsraum bringt sich jede Person nach ihren Möglichkeiten ein und nimmt sich Zeit für den Gruppenprozess.

Beim gemeinsamen Reflektieren und Gestalten des Raumes denken wir die Prinzipien der Commons mit, eine Sammlung zur gelingenden Selbstorganisation von Gruppen. Dadurch wird das gemeinsame Büro zum Experimentierraum für Commons und Gemeinschaften*.

Warum braucht Eberswalde einen neuen Raum zum Arbeiten?

- ob im Rahmen eines Jobs, eines Engagements oder sonst was, hier finden alle einen Platz
- flexibel gestaltbar, so, wie es für uns paßt, statt ein fertiges Komplettpaket
- soziales Miteinander statt isoliert zu Hause

- gemeinschaftlich für uns statt kommerziell für andere, ein Arbeitsraum als Commons

Von wem kommt die Idee?

Entstanden ist die Idee in der AG Commons und Gemeinschaften. Die AG besteht derzeit aus sechs Personen aus Eberswalde und Umgebung. Gefunden haben wir uns im Kontext der HNEE. Die Hochschule hat uns über fünf Jahre ermöglicht, daß Commons und Gemeinschaften Platz in der Lehre haben. Hieraus hat sich dann die AG Commons gegründet.

Die AG arbeitet an der Weitergabe des Wissens über Commons und der Vernetzung bereits bestehender Projekte – an der Hochschule und darüber hinaus. Wir sind der Überzeugung, daß uns die Prinzipien von Commons schon jetzt viel stärker umgeben, als uns bewußt ist. Das möchten wir mit einem Raum in Eberswalde sichtbar und greifbar machen und Gemeinschaften selbst erfahren.

Mittlerweile verbindet uns noch mehr mit der Region, sei es der Job, die solidarische Landwirtschaft oder Familie. Aus ganz unterschiedlichen Bedürfnissen heraus suchen wir, die Mitglieder der AG, persönlich nach einem gemeinsamen Arbeitsraum.

Stand der Dinge

Es gibt die Idee und ein paar Menschen, die AG Commons. Jetzt suchen wir nach Menschen, die diesen Ort gemeinsam mit uns ins Leben rufen wollen und Lust auf ein gemeinschaftliches, tatkräftiges Projekt und einen langfristigen Gruppenprozess haben. Sobald sich genug Interessierte gefunden haben, beginnen wir mit der Raumsuche.

Haben wir die Lust geweckt, mehr darüber zu erfahren und uns kennenzulernen? Dann komm zu unserem ersten Treffen!

Dir fällt eine Person ein, zu der ein gemeinschaftlicher Arbeitsraum passen würde? Bring sie gerne mit!

Dir fällt ein Raum ein, der zur Idee passen würde? Wir freuen uns über deine Tips.

Das Treffen paßt dir zeitlich nicht? Kein Problem, es wird nicht das letzte gewesen sein. Melde dich trotzdem gerne bei uns (Kontakt: agcommons@hnee.de).

AG Commons und Gemeinschaften



Foto: Ulf Lubke

selbst und eine Umarmung oder auch ein kleines Geschenk als Nächstenliebe kann viel verändern und Freude bereiten«, sagen die Vereinsmitglieder Silvia Zacharias und Arno Gielsdorf (Foto).

ULF LUBKE & SILVIA ZACHARIAS

*Commons und Gemeinschaften: Commoning (Gemeinschaften) passiert, wenn Menschen sich auf Augenhöhe organisieren, um Nützliches für sich und andere herzustellen. Gemeinsames Entscheiden und die Orientierung an den gegenseitigen Bedürfnissen ist dabei wichtig.

www.barnimer-buergerpost.de

»Rechtsstaatlich sehr fragwürdig«

Die Bürgerinitiative Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat hat das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) vom 5. Juli 2022 unmittelbar nach der Urteilsverkündung auf der Basis der mündlichen Urteilsbegründung als »skandalöses Fehlurteil charakterisiert« und eine Kritik der schriftlichen Urteilsbegründung angekündigt. Am 13.10.2022 ging unserem Anwalt die schriftliche Urteilsbegründung zu. Es gibt für uns keinen Grund, unsere Stellungnahme zu modifizieren.

Die schriftliche Urteilsbegründung ist durch Mißgunst gegenüber der Klägerseite geprägt. Das beginnt bei der Beurteilung der nachgewiesenen Verfahrensmängel, die zwar vom Gericht zugestanden werden müssen, aber als unerheblich abgetan werden, denn sie seien nicht ergebnisrelevant und das setzt sich auch bei der inhaltlichen Auseinandersetzung fort.

So wird die Beanstandung unseres Anwalts, wegen der verspäteten Zustellung des Verwaltungsvorgangs sechs Wochen nach Klageerhebung habe effektiv nur eine Frist von vier Wochen für die Klagebegründung bestanden, damit abgetan, es sei nicht dargelegt worden, »an welchem Vortrag er dadurch gehindert gewesen sein könnte«. Für unerheblich werden Defizite bei der öffentlichen Auslegung der Umweltverträglichkeitsstudie II (im Internetportal) abgetan wie auch die Beanstandungen wegen zu kurz angesetzter Fristen (14 Tage) für Stellungnahmen in verschiedenen Beteiligungsverfahren oder der Terminierung eines Beteiligungsverfahrens während der Schulferien 2019. Alle diese Beanstandungen wurden als unerheblich oder gar als unbegründet abgetan, denn eine Frist von 14 Tagen für eine Stellungnahme sei ausreichend.

Gravierender aber ist der Umgang des Gerichts mit den eingereichten umfangreichen Unterlagen und den Einwänden der Klägerseite gegen den Planergänzungsbeschluß der Genehmigungsbehörde. Da wird mit Unterstellungen und der wiederholten Behauptung gearbeitet, die vorgebrachten Einwände gegen den Nachweis der Unerheblichkeit der Beeinträchtigungen seien nicht substantiiert.

Da wird dem Kläger unterstellt, er gehe davon aus, daß ein »Nullrisiko« für den Leitungsanflug nachgewiesen werden müsse, wenn auf die Beweislast hingewiesen wird. Es ist nämlich Aufgabe des Vorhabenträgers, den Nachweis anzutreten, daß von seinem Vorhaben »keine erhebliche Beeinträchtigung« der Schutzziele ausgehe. Darauf hat der Anwalt der Klägerseite immer wieder hingewiesen.

Das Gericht legt daraufhin der Klägerseite zur Last, nicht substantiiert vorgetragen zu haben, wenn es die Methode der Erfassung der Vogelbestände in einem Schutzgebiet und der Vogelbewegungen in Zweifel zieht.

Das Gericht wischt in seiner schriftlichen Urteilsbegründung alle Einwände und gestellten Beweisanträge als unerheblich vom Tisch, egal, ob es um die Frage der Beurteilung der beiden Brutgebieten Landiner Haussee oder Felchowsee als faktischem Brutgebiet, um die



FOTO: THOMAS GADICKE

Frage der Erfassung der wirklichen Gefährdung von Vögeln durch Leitungsanflug, den Wirkungsgrad von Vogelmarkern an Freileitungen oder die Barrierewirkung von nicht synchronisierten Leitungssystemen geht.

Dabei wird selbst mit der Arithmetik Schlitten gefahren, wenn das Gericht mit Blick auf die Parallelführung der 110kV- und der 380kV-Freileitung bei Landin ausführt: »Die Masthöhen betragen 49,25 m (Mast 116), 55,20 m (Mast 117) und 50,20 m (Mast 118), bei der Bestandsleitung 42,25 m (Mast 34) und 36,25 m (Mast 35). Während die Masten 116 und 118 räumlich etwa im Gleichschritt mit Mast 34 und 35 errichtet werden, ist Mast 117 etwa mittig zwischen den Masten der Bestandsleitung platziert... Zu einer Reduzierung des Vogelschlagrisikos trägt eine Synchronisierung der Leitungen und der Masten bei, an der es für Mast 117 und den Leiterseilen im Luftraum fehlt... Trotz der Position von Mast 117 erweist sich die Einschätzung der Konflikträchtigkeit als 'mittel' als tragfähig: So sind die Masthöhen jedenfalls angenähert, wenn auch nicht identisch.«

Der Mast 117 der 380 kV-Freileitung überragt mit 55,2 m die beiden Masten der Bestandsleitung um 18,95 m bzw. um 12,95 m. Wie man hier von einer Annäherung der Höhen sprechen kann, bleibt das Geheimnis des Gerichts. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß auch in den anderen Fragen, der Zulässigkeit der Erd-

verkabelung im Rahmen einer Abweichungsprüfung oder bezüglich der Tangierung von Unionsrecht das Gericht immer zu einer Ablehnung der Anträge des Klägers kommt.

Im Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) wurde festgelegt, daß beim Rechtsstreit über die Leitungsbauvorhaben, die im Anhang des Gesetzes aufgelistet sind, das Bundesverwaltungsgericht erste und letzte Instanz ist. Es gibt keine Revisions- oder Berufungsinstanz. Es gibt nur ein Rügeverfahren, bei dem aber der Senat, dessen Verhalten kritisiert wird, über diese Rüge entscheidet.

Der Rechtsweg ist erschöpft und das Fehlurteil ist Teil der künftigen Rechtsprechung in ähnlich gelagerten Verfahren.

Bei der Diskussion des EnLAG ist von den Kritikern darauf hingewiesen worden, daß die Beschneidung des Rechtswegs (statt des dreistufigen Verwaltungsgerichtsverfahrens tritt das BVerwG als einzige Instanz auf) rechtspolitisch und rechtsstaatlich äußerst fragwürdig ist. Das kann man an dieser Entscheidung gut erkennen.

HARTMUT LINDNER, BI Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat
www.trassenfrei.info

»Elite des Landes«

Der Beitrag »Kulturbauesentum« (BBP Winter 2022) löste auf Facebook (www.facebook.com/bbp.barnim) eine kleine Diskussion aus, die wir den Lesern unserer gedruckten Ausgabe nicht vorenthalten möchten.

Bei aller nötigen Kritik am Kriegskurs der Grünen: Gloria von Thurn und Taxis zur »Elite des Landes« zu zählen und als Zeugin der Anklage zu positionieren, ist lächerlich! Diese Trulla mit ihren rassistischen und ewiggestrigen Ansichten steht den Reichsbürgern inhaltlich vermutlich näher als demokratischen Werten. Auch frage ich mich angesichts zahlreicher Bürgerpost-Veröffentlichungen der letzten Zeit, ob sie die Pressestelle von BVB/Freie Wähler sind?

THORSTEN WIRTH

Ich finde die Herstellung der Transparenz im Sinne des Artikels wichtig. In dem Artikel geht es um das Ausräumen des Bismarck-Zimmers. Das hat sich noch nie einer getraut. Zu vieles wurde in den deutschen Landen schon abgeräumt, um die Geschichtsschreibung für aktuelle Herrscher anzupassen. Als Ostdeutscher erkenne ich die Zeichen sehr gut. So wurde die altbackene Fürstin zitiert, weil sie sich dazu äußerte. Der Rest deutscher Eliten schweigt wie üblich bei gesellschaftlichen Umbrüchen. Und im Osten, wo die Antennen aus jüngerer Geschichte dafür vorhanden wären, gibt es keine Eliten mehr. Das ist kein Zufall.

THOMAS TOBLER | 7

Außenministerin Baerbock:

Kriegserklärung an Rußland

Die Außenministerin der BRD Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) hat am 24. Januar im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg Rußland den Krieg erklärt. Wörtlich sagte sie: »We are fighting a war against Russia« (Wir kämpfen einen Krieg gegen Rußland). Am gleichen Tag gab die Bundesregierung offiziell die Lieferung von Kampfpanzern Leopard 2A6 an die Ukraine bekannt.

Allein mit Letzterem wird eine weitere Eskalationsstufe erklommen, wobei der neue Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) einen Tag später abtritt, daß die Lieferung der Panzer die BRD zur Kriegspartei mache. Schließlich seien alle Verbündeten, »einschließlich der amerikanischen Freunde«, mit an Bord. Die BRD sei damit »nicht der Hauptgegner« Rußlands.

Demnach ist die BRD also auch nach Auffassung von Pistorius – entgegen des verbalen Abstreitens – Kriegspartei. Nur ist sie nicht alleinige Kriegspartei, sondern gemeinsam mit ihren NATO-Verbündeten.

Allerdings sind Kriegserklärungen laut BRD-Grundgesetz überhaupt nicht vorgesehen. Hier gibt es nur den »Verteidigungsfall«, der im Artikel 115a definiert wird und der vom Bundestag mit Zweidrittelmehrheit und mit Zustimmung des Bundesrats festgestellt wird. In Ausnahmen darf das auch der Gemeinsame Ausschuß. Für die Verkündung des Verteidigungsfalls ist der Bundespräsident zuständig.

Mit ihrer Kriegserklärung hat die Außenministerin Baerbock ihre Kompetenzen klar und deutlich überschritten. Wobei dies für die gesamte Regierung gilt. Denn Baerbock hat in ihrer dümmlichen Naivität nur ausgesprochen, was die anderen unter der Hand tun.

Mit Konsequenzen, wie beispielsweise einem Rücktritt, ist indes nicht zu rechnen.

GERDA HENKEL

Nachtrag: Nach Redaktionsschluß wurde vermeldet (u.a. in www.faz.net), daß Bundeskanzler Olaf Scholz klargestellt habe, die BRD sei kein direkter Kriegsteilnehmer. Er habe ausdrücklich hinzugefügt: »Es darf keinen Krieg zwischen Rußland und der NATO geben«. Inzwischen fordern mehrere Oppositionsparteien die Entlassung der bündnisgrünen Außenministerin. (bbp)

Hungerhilfe

Ankara (bbp). Nach Abschluß des sogenannten »Getreideabkommens« konnten bis zum Jahresende insgesamt 16,9 Millionen Tonnen landwirtschaftliche Erzeugnisse die Ukraine auf dem Seeweg über das Schwarze Meer verlassen, so der Leiter des türkischen Landwirtschaftsministeriums, Vahit Kirici. Wie er betonte, seien 5,4 Prozent des Gesamtvolumens an arme Länder geliefert worden. 44 Prozent der Lieferungen gingen in die Europäische Union.

Strafrecht gegen Kriegsgegner

Der Berliner Friedensaktivist Heiner Bücker, Betreiber des »Coop Anti-War Cafés«, soll 2.000 Euro Strafe zahlen zuzüglich der Verfahrenskosten oder ersatzweise für 40 Tage in Haft gehen. Dies urteilte der Richter Pollmann am Amtsgericht Tiergarten. Dem Friedensaktivisten wird »Belohnung und Billigung von Straftaten« nach Paragraph 140 Strafgesetzbuch vorgeworfen. Er soll dies »in einer Weise« getan haben, »die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören«.

Was hat Heiner Bücker konkret getan? Anlässlich des 81. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 2022 hatte Bücker auf einer Kundgebung der Friedenskoordination am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow eine Rede gehalten. Damit habe er »dem völkerrechtswidrigen Überfalls (sic!) Rußlands auf die Ukraine« zugestimmt. Die Rede, heißt es in dem Strafbefehl weiter, habe »wie Sie jedenfalls billigend in Kauf nehmen – angesichts der erheblichen Konsequenzen, die der Krieg auch für Deutschland nach sich zieht, der Drohungen seitens der russischen Staatsführung konkret gegenüber Deutschland als NATO-Mitglied für den Fall der Unterstützung der Ukraine und nicht zuletzt angesichts der Präsenz Hunderttausender Menschen aus der Ukraine, die in Deutschland Zuflucht gefunden haben, das Potential, das Vertrauen in die Rechtssicherheit zu erschüttern und das psychische Klima in der Bevölkerung aufzuhetzen.«

Die Tageszeitung »junge Welt« hat diese Rede in ihrer Ausgabe vom 24. Januar abgedruckt (www.jungewelt.de). Nach irgendeiner Zustimmung zum russischen Handeln sucht man dort vergeblich. Bücker rief lediglich dazu auf, zu versuchen, »die russischen Gründe für die militärische Sonderoperation in der Ukraine zu ver-

stehen«. Auch müsse verstanden werden, »warum die überwiegende Mehrheit der Menschen in Rußland ihre Regierung und ihren Präsidenten darin unterstützen«. Zuvor war Bücker ausführlich auf den geschichtlichen Hintergrund, auf die Zusammenhänge zwischen den heutigen Nationalisten und den Nazikollaborateuren des zweiten Weltkriegs um Bandera sowie auf die Entwicklungen in der Ukraine seit dem Maidan-Putsch von 2014 eingegangen. Er persönlich wolle und könne »die Sichtweise in Rußland und die des russischen Präsidenten Wladimir Putin sehr gut nachvollziehen«, was ja nicht heißt, daß er der kriegerischen Lösung zustimmt oder gar einen »völkerrechtswidrigen Überfall« billigt. Ob es sich bei der russischen »Sonderoperation« überhaupt um einen solchen handelt, hat das Gericht übrigens gar nicht untersucht.

Heiner Bücker sagte vielmehr: »Nie wieder dürfen wir als Deutsche an einem Krieg gegen Rußland in irgendeiner Form beteiligt sein.« Das hat natürlich das Potential, »Vertrauen in die Rechtssicherheit zu erschüttern« und das »psychische Klima aufzuhetzen«.

Sofern noch irgendwie vorhanden, wird »Vertrauen in die Rechtssicherheit« und das BRD-Rechtssystem insgesamt vielmehr durch willkürliche Urteile wie dieses erschüttert. Amtsrichter dürfen in diesem System geradezu ungestraft jeden Unsinn verzapfen – sie gelten ja als »unabhängig«. Bücker und sein Rechtsanwalt haben inzwischen Einspruch gegen den Strafbefehl eingelegt. Vielleicht wird in höheren Instanzen doch noch Wert darauf gelegt, »Vertrauen in die Rechtssicherheit« wiederherzustellen. Die Hoffnung stirbt ja zuletzt.

GERD MARKMANN

Ungarn entläßt hohe Militärs

Personal für Privatarmee zum »Schutz« der Ungarn in der Ukraine?

Am 17. Januar veröffentlichte das ungarische Amtsblatt einen Regierungserlaß, wonach der Verteidigungsminister den Dienst von Soldaten einseitig beenden kann, die das 45. Lebensjahr vollendet und mindestens 25 Jahre Dienst geleistet haben (www.militaeraktuell.at). Etwa 170 Offiziere bis hin zum Generalsrang seien bereits betroffen. Der ungarische Verteidigungsminister begründet dies damit, weil so der »Weg für den Aufstieg einer jungen Generation von Kommandeuren« möglich werde. Die ungarische Opposition hingegen vermutet eine »große Säuberung«, was eine NATO-Schwächung in den ungarischen Streitkräften bedeute, denn viele dieser jetzt 45-jährigen seien in der NATO sozialisiert worden.

Mit einer völlig andersgearteten Begründung wartete der russische Politologe Waleri Pirjakin

vom Thinktank »Fonds Konzeptuelle Technologien« auf. Er verwies darauf, daß es nicht nur in Polen, sondern auch in Ungarn Kräfte gibt, die territoriale Ansprüche gegenüber der Ukraine geltend machen. Schließlich leben in der Karpatoukraine sehr viele Menschen ungarischer Nationalität – die übrigens in ihren Minderheitenrechten ähnlich unterdrückt werden wie die russischstämmigen Ukrainer. Nach Pirjakin sei im Gespräch, daß ein gewisses »privates Militärunternehmen« da einmarschieren könne. Damit entstünde die Armee eines »selbsternannten neuen ungarischen Territoriums«. Pirjakin: »Und schon ist alles klar! 170 hohe Offiziere sind mehr als ausreichend, um eine kampffähige Einheit zu gestalten, die einen Teil des ukrainischen Territoriums abtrennen kann.«

LEA SCHUMANN

Unverrückbar und unverzichtbar?

Viele Fragen am Eingang des Jahres 2023. Kein Geringerer als Egon Bahr hat die o.g. These seitenverkehrt hervorgehoben. Was war damit gemeint?

Für Deutschland und seine Außenpolitik, die insbesondere auch Ostpolitik im Gefolge des scheinbar überwundenen kalten Krieges war und sein muß, heißt dies im Klartext: Die USA sind für die BRD zwar unverzichtbar, aber Rußland ist ebenso unverrückbar!

Frage 1: Sind die USA für Deutschland wirklich unverzichtbar? Brauchen wir die Atomwaffen in Ramstein, die Frau Baerbock versprochen hat zu entfernen?

Frage 2: Brauchen wir die Großmachtsucht der polnischen PiS-Regierung (ohne Rechtsstaatsicherheit), die wir mit »Reparationen« bezahlen sollen, für unsere Sicherheit?

Beides darf man getrost mit Nein beantworten. Forderte doch soeben (16.1.) Rzeczpospolita polska »mehr Kanonen statt Butter« (ein bei Göring entlehntes Zitat), während gleichzeitig der polnische Premier Morawiecki sein Beharren auf den Reparationsforderungen betonte. Einen solchen Verbündeten haben wir gerade noch gebraucht, der seine rechtsnationalistisch-antirussischen und antideutschen Ressentiments auf unsere Kosten pflegen will. Man denke an die Plakate der PiS-Partei: Frau Merkel in Nazi-Uniform!

Polens Versuche, die deutsche Außenpolitik zu manipulieren bzw. zu dominieren und sich als Rußland-Versteher zu gerieren, kann bestenfalls noch die grüne »Friedenspartei« in ihrer Unkenntnis historischer Zusammenhänge beeindrucken; man sollte jedoch den Beitrag der polnischen Außenpolitik der 1930er Jahre im Vorfeld des 2. Weltkrieges nicht ganz vergessen.

Die USA »entwickelten« sich vom gefühlten Weltgendarmen der Nachkriegsjahre zur Hegemonialmacht in Europa und ordnen alle Aktivitäten diesem Ziel unter, während sie im »Selbstversuch« die Demokratie demontieren (Geheimpapiere lagern in präsidialen Garagen) und die transatlantische Illusion nur noch mit Mühe am Leben erhalten, da ihre Hauptinteressen die Erringung der pazifischen Hegemonie mit Japan im Wettbewerb mit China zum Ziel haben.

Bleibt noch die Politik Großbritanniens zu betrachten, die bei Churchill nachzulesen ist. Es darf seit Napoleon keine Kontinentalmacht in Europa geben, die mächtiger als Britannien ist! Das begründet auch die britische Teilhabe am russisch-ukrainischen Krieg.

Forderungen nach Teilhabe am russisch-ukrainischen Krieg sind Ausdruck »feministischer« Außenpolitik im Stile von Baerbock und Strack-Zimmermann. Die kriegerischen Damen sollten mal Väter und Großväter fragen, wie sich Krieg anfühlt, wenn er vor der Haustür stattfindet! Das hat Frau Baerbock bei ihrer Kriegserklärung gegen Rußland vor dem Europarat sicher nicht berücksichtigt, oder doch?

Die BRD-Führung hat noch nicht bemerkt, daß die USA diesen Krieg als Testlabor des militärisch-industriellen Komplexes für ihre Waffen benutzen, wovor schon Präsident Eisenhower (1953-1961) warnte. Dazu gehört nicht nur die ukrainische Forderung nach Kampfpanzer-Lieferungen, sondern auch die Überlegung des ukrainischen Oberkommandos, russische Atomwaffenlager auf der Krim durch die ukrainische Armee angreifen zu lassen. Wahnwitz!

Die jahrelang falsche Politik der NATO-Führung und des ukrainischen Satelliten sollte dazu führen, daß Deutschland eindeutig artikuliert, daß es am Krieg gegen Rußland keinerlei Interesse hat und keine weiteren Waffen liefert. Den Weg zu einem dauerhaften Frieden im europäischen Haus beschreibt der 99-jährige Henry Kissinger besser, als die ganze kriegslüsterne Kohorte führender Nato-Politiker sich träumen läßt.

Woher nimmt die Bundesregierung eigentlich die »Gewißheit«, daß sie die Spiegelung des Wahlvolkes sei und daß die Bevölkerung die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine goutiert für eine Armee, die sich mit »Slawa ukraini«, dem Kampfruf der Bandera-Faschisten, grüßt und in der sich z.B. General Salushnyi (Oberkommandierender der Ukraine) vor einem Bandera-Porträt fotografieren läßt, für einen Staat, in dem Oppositionsparteien verboten oder gleichgeschaltet sind? All das sind Erscheinungsformen und Kennzeichen eines undemokratischen Systems.

Nochmal zur sicheren Einordnung: Stepan Bandera (1909-1959) ukrainischer Nationalist, Terrorist und 1941 faschistischer Kollaborateur im Dienste des NS-Sicherheitsdienstes und der Wehrmacht, mitverantwortlich an den Nazi-Morden an Polen, Juden und sowjetukrainischen Amtsträgern.

BERND C. SCHUHMAN

Leopard im Kriegseinsatz

Al-Bab (bbp). Die erste Bewährung in einem echten Krieg hatte der Leopard 2 in der Version A4 im Dezember 2016 in Nordsyrien. Dort versuchte die Türkei bei der nördlich von Aleppo gelegenen Stadt Al-Bab auf syrischem Territorium Fuß zu fassen, in dem sie dort gegen den IS vorging. Mit einer starken Streitmacht, zu der auch 50 Panzer Leopard 2A4 gehörten, ging die türkische Armee gegen den IS vor. Innerhalb von wenigen Tagen gingen zehn Leopard-Panzer verloren. Sechs davon sollen von tragbaren Panzerabwehrkraketen vom sowjetischen Typ Kornet getroffen worden sein. Diese werden aktuell auch in der Ukraine von den russischen Truppen eingesetzt.

Die dritte Staffel

Die im Februar vorhandenen Waffenbestände der ukrainischen Armee waren im Sommer 2022 weitgehend verbraucht, zumindest waren kaum noch offensive Handlungen möglich.

Es folgte die erste Welle westlicher Waffenlieferungen mit Panzern, Schützenpanzern und Artilleriesystemen sowjetischer Bauart, vorwiegend aus Ländern, die einst zum Warschauer Vertrag gehörten. Hinzu kamen gezogene und selbstfahrende Rohrartillerie sowie Mehrfachraketenwerfer westlicher Bauart vor allem aus US-Beständen, aus Großbritannien, Frankreich und der BRD, ergänzt durch große Mengen an tragbaren Panzer- und Flugabwehrsystemen sowie gepanzerten und ungepanzerten Transportfahrzeugen, Jeeps und Pickups. Mit diesen Waffen wurden Reserven ausgerüstet, mit denen der ukrainischen Armee im Sommer und Frühherbst teilweise erfolgreiche Offensivoperationen (Charkow, Cherson) gelangen.

Inzwischen ist auch dieses Rüstungsmaterial weitgehend »abgenützt«, wie es der österreichische Militärexperte Markus Reisner ausdrückte. Zugleich kommen auf russischer Seite nach der Teilmobilisierung vom Herbst immer mehr Verstärkungen an und es gelang Rußland, seine Rüstungsproduktion hochzufahren.

Um den Zusammenbruch der ukrainischen Front zu verhindern, hat die NATO unter Führung der USA inzwischen eine zweite Welle an Waffenlieferungen beschlossen, darunter moderne Kampfpanzer. Problematisch ist das Fehlen an qualifiziertem Personal zur Bedienung und Wartung der westlichen Waffen. Schon die bisher gelieferten Waffensysteme werden in großem Maße von »Freiwilligen« aus dem Westen, vorwiegend Polen und Briten, bedient.

Überhaupt fehlt es der Ukraine nach den enormen Verlusten – Ursula von der Leyen sprach im Dezember von 100.000 Gefallenen, tatsächlich sind es wahrscheinlich viel mehr – an militärisch ausgebildetem Personal. Aktuell werden zunehmend unzureichend ausgebildete Reservisten an die Front geschickt. Als Kanonenfutter mit geringer Überlebenschance.

Nach dem Ausbluten der Ukraine muß aus NATO-Sicht die 2. Staffel in den Kampf. Dafür steht Polen bereit, das sich dafür das Territorium der Westukraine einverleiben will. Wahrscheinlich wird die Einführung dieser 2. Staffel in die Schlacht allmählich erfolgen. Schon jetzt sind die Führungsstrukturen bis zur Brigade- und Bataillonsebene mit westlichen »Beraatern« durchsetzt. Die so umstrukturierte Armee wird in der Lage sein, nicht nur bis zum letzten Ukrainer, sondern auch bis zum letzten Polen zu kämpfen. Wenn dann in absehbarer Zeit auch die 2. Staffel mit den polnischen »Freiwilligen« als Hauptteil »abgenützt« ist, stellt sich die Frage: Wer oder was wird dann als 3. Staffel in den »Abnutzungskrieg« geschickt?

GERD MARKMANN | 9

Ganzheitliche Ernährung (24)

Unter Bluthochdruck leidet in der BRD jeder dritte Erwachsene. Dies ergab eine Studie des Robert-Koch-Instituts. Bluthochdruck kann man also als Volkskrankheit bezeichnen. Das Herz pumpt bei jedem Herzschlag ca. 80 Milliliter Blut in die Blutgefäße. Dies führt wiederum dazu, daß das Blut von innen Druck auf die Gefäßwände ausübt. Die Diagnose Bluthochdruck wird gestellt, wenn *dauerhaft* zu hohe Blutdruckwerte gemessen werden. Es werden zwei Blutdruckwerte unterschieden: Zum einen der *systolische Blutdruck*. Dieser Blutdruck entsteht in der Phase, in der sich das Herz zusammenzieht. Hierbei pumpt das Herz das Blut in die Hauptschlagader. Zum anderen der *diastolische Blutdruck*. Dieser Blutdruck entsteht dann, wenn sich der Herzmuskel ausdehnt, um sich erneut mit Blut zu füllen. Somit wird der Druck zwischen zwei Herzschlägen gemessen.

Jeder Mensch unterliegt gewissen Schwankungen des Blutdrucks. Wenn wir uns ärgern oder uns körperlich anstrengen, dann steigt der Blutdruck an. Der Blutdruck sinkt, wenn wir entspannt sind oder schlafen. Bei einem gesunden Menschen pendelt sich der Blutdruck aber immer wieder in den Normalbereich ein. Als *optimal* gelten 120 Millimeter Quecksilbersäule (mm Hg) beim systolischen Wert und 80 Millimeter Quecksilbersäule (mm Hg) beim diastolischen Wert. *Normalwerte* sind 120 bis 129 mm Hg beim systolischen und 80 bis 84 mm Hg beim diastolischen Wert. Ab einem Wert von 140 bis 159 bzw. von 90 bis 99 spricht man von *Bluthochdruck Grad 1*. Die Diagnose Bluthochdruck wird bereits gestellt, wenn einer der Werte dauerhaft erhöht ist. Bei *Bluthochdruck Grad 2* sind die Werte 160 bis 179 bzw. 100 bis 109. *Bluthochdruck Grad 3* liegt bei über 180 mm Hg systolisch bzw. über 110 mm Hg diastolisch vor.

Ursachen für *primären Bluthochdruck* ist zum einen Übergewicht, aber auch das Alter spielt eine Rolle. Denn selbst bei gesunden Menschen kommt es mit den Jahren zu Ablagerungen in den Gefäßen, wodurch das Blut nicht mehr ungehindert fließen kann und der Blutdruck sich erhöht. Aber auch ein hoher Alkoholkonsum, Rauchen, viel Salz oder Bewegungsmangel sind Ursachen für Bluthochdruck. Krankheiten wie Nierenerkrankungen, Stoffwechselstörungen oder eine Schlaf-Apnoe können ebenso zu hohem Blutdruck führen. Dies nennt man *sekundären Bluthochdruck*.

Der Arzt kann einen Bluthochdruck durch eine Langzeitmessung über 24 Stunden feststellen. So werden Schwankungen innerhalb eines Tages sichtbar und man kann zu hohen Blutdruck in der Nacht erkennen. Bei einem gesunden Menschen sinkt der Blutdruck in der Nacht ab, so können sich die Adern erholen.

In Teil 25 erfahren Sie etwas über Lebensmittel, die den Blutdruck senken können.

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)

»Eberswalde – eine demenzaktive Kommune«

Zwischenbilanz zum »Pakt für Pflege« und »Pflege vor Ort«

In Brandenburg leben rund 185.000 pflegebedürftige Menschen – die meisten von ihnen möchten möglichst lange in ihrer vertrauten Wohnumgebung bleiben. 85 Prozent der Pflegebedürftigen werden in der eigenen Häuslichkeit gepflegt. Dieses Thema bekommt durch den demografischen Wandel und den Fachkräftemangel noch mehr Bedeutung. Die Koalition hat sich dieser Herausforderung sofort nach Amtsübernahme intensiv gewidmet.

Pflege muß dort gedacht, koordiniert und weiterentwickelt werden, wo sie stattfindet – in den Kommunen. Dafür steht das Förderprogramm »Pflege vor Ort« als eine der vier Säulen des »Pakts für Pflege«. Die Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher hat in den letzten Monaten alle Landkreise und kreisfreien Städte in Brandenburg besucht, um die vielfältigen Projekte der »Pflege vor Ort« kennenzulernen. Denn das Programm ist in den Kommunen angekommen! Das gilt auch für den Barnim und das ist gut so!

Eberswalde entwickelt sich zum Beispiel zur demenzaktiven Kommune. Im Zentrum steht bei diesem Projekt die Befähigung der Demenz-Partnerinnen und -Partner zur besseren Einschätzung der Lebenssituation von Menschen mit Demenz und deren Angehöriger im Sinne



FOTO: PATRICK TELLEGMANN

eines möglichst langen Lebens in der eigenen Häuslichkeit. Maßnahmen sind hier u.a. die Durchführung von Demenz-Partner-Kursen, Anbahnung frühzeitiger Hilfen und Unterstützungen sowie Informationen über entsprechende Hilfesysteme. Projektträger ist die Hoffnungstaler Stiftung Lobetal.

Ein weiteres gutes Beispiel findet sich in der Gemeinde Wandlitz: Hier wird im Rahmen der »Gemeinderundfahrt« soziale Isolation von Seniorinnen und Senioren überwunden. Auf einer Busrundfahrt werden die Veränderungen in der Gemeinde entdeckt sowie Informationen und Gedanken ausgetauscht. Im Anschluß gibt es Kaffee und Kuchen.

CARLA KNIESTEDT

Jetzt für Ausbildungsplätze bewerben

Die Termine für die zentralen Schulabschlußprüfungen in diesem Jahr stehen fest. Gute Nachricht für alle Schulabgänger, die noch einen Ausbildungsplatz suchen: Die Alloheim Senioren-Residenz »Haus am Werbellinsee« in Altenhof bietet auch 2023 zusätzliche Ausbildungsplätze in der Pflege an.

Die Berufe des Gesundheitswesens – vor allem in der Pflegebranche – sind krisensicher. Leider hat sich bei vielen jungen Menschen ein vorurteilsbehaftetes Berufsbild festgesetzt, das mit der Realität nichts zu tun hat. Teamplayer, die Freude am Umgang mit Menschen haben und etwas Sinnvolles tun möchten, sind in der Pflegebranche genau richtig und können noch in diesem Jahr bei uns eine Ausbildung beginnen. Die beruflichen Perspektiven mit einer abgeschlossenen Pflegeausbildung sind brillant und auch vom Verdienst her hervorragend.

Doch nicht nur Pflegefachkräfte sind langfristig sehr gefragt, sondern auch »Menschen mit Herz« in angrenzenden Fachbereichen wie Haustechnik, Küche, Verwaltung oder Betreuung. Gerade hier bieten sich auch sehr gute Chancen für Quereinsteiger aus anderen Berufszweigen, auch für Ältere. Mit Fort- und Weiterbildungen auf unsere Kosten kann man sich immer weiter spezialisieren, was ein großer Pluspunkt ist.

Wer noch in diesem Jahr eine Ausbildung in einem pflegerischen Beruf machen möchte, sollte sich jetzt bewerben. Auch ein vorheriges

Schnupper-Praktikum ist für Interessierte möglich. Gerade für junge Leute interessant: Wer einen pflegerischen Beruf in einer Alloheim Senioren-Residenz beginnt, bekommt einen Mentor an die Seite gestellt. Das ist jemand aus unserem Team mit sehr viel Berufserfahrung, der sich der Fragen der Azubis annimmt, viele Tips gibt und ihnen immer zur Seite steht. Jede Woche bieten wir Fachunterricht an, in dem schulische Dinge aufgearbeitet werden und man sich im Team auf seine Prüfung vorbereitet. Kurz nach Ausbildungsbeginn werden im Rahmen eines Karrierewochenendes mit den Auszubildenden individuell über deren Weiterbildung und Karriere gesprochen. Wenn alles paßt und die Prüfung bestanden wird, steht der direkten Übernahme nach der Ausbildung nichts im Wege.

Bewerben Sie sich einfach mit ein paar Zeilen bei der Einrichtungsleitung oder schauen Sie direkt in der Alloheim Senioren-Residenz in der Krümmen Str. 5 in Altenhof am Werbellinsee vorbei (Kontakt: Tel. 033363-523-0, eMail: werbellinsee@alloheim.de, www.alloheim.de).

ANGELA MATTHES

Balkonkraftwerke entbürokratisieren

Günstigere Photovoltaikmodule und kleinere, günstigere und zuverlässigere Wechselrichter haben zu neuen, unkomplizierten Formen der Energieerzeugung geführt. Steckersolargeräte – auch Balkonkraftwerke genannt – können einfach über übliche Schuko-Stecker ins Hausnetz einspeisen.

Die EU hat reagiert und faßte in den letzten fünfzehn Jahren mehrere Beschlüsse. Das Ziel: kleine Einspeiseanlagen entbürokratisieren. Viele EU-Länder haben das auch umgesetzt. Luxemburg war hierbei am konsequentesten. Dort wurden bereits 2018 alle Genehmigungs- und Meldepflichten für Steckersolargeräte bis 800 Watt abgeschafft. Luxemburg behandelt die Geräte seitdem so unkompliziert wie Mikrowellen oder Kühlschränke.

Fünf Jahre später müssen potentielle Nutzer von Steckersolargeräten in der BRD noch immer schikanöse deutsche Spezialregeln und überbordende Bürokratie überwinden. Nutzer müssen die Anlagen beim Marktdatenstamregister anmelden. Zudem müssen sie eine Genehmigung beim Netzbetreiber einholen – der

aber finanziell kein Interesse daran hat, seinen eigenen Stromabsatz zu reduzieren. Obwohl diese Behinderungen weiter bestehen, beginnen Bundesländer wie Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, die Anlagen finanziell zu unterstützen. Es ist, als würde man bei einem Auto gleichzeitig auf der Bremse stehen und dabei Vollgas geben.

Die Fraktion BVB/Freie Wähler im Landtag Brandenburg will daher die bürokratische Schikane bei Steckersolargeräten beseitigen. Ein Antrag soll die Landesregierung beauftragen, sich auf Bundesebene für die Abschaffung der Anmelde- und Genehmigungspflicht für Steckersolargeräte bis 800 Watt einzusetzen. Luxemburg zeigt, daß das geht. Und auch die BRD funktioniert trotz zahlloser ungemeldeter Anlagen weiter: Den im August 2022 offiziell gemeldeten 53.000 Steckersolargeräten standen schon damals geschätzt 500.000 unangemeldete Geräte gegenüber. Probleme gibt es nicht. Was zeigt: Die Pflichten zu Genehmigung und Registrierung sind überflüssig!

Dr. PHILIP ZESCHMANN (MdL)

Landkreis Barnim:

Neues Radwegkonzept auf dem Weg

Zwei Jahre hat es gedauert, bis nach dem Beschluß im Kreistag zur Evaluierung und Fortschreibung des kreislichen Radwegkonzeptes endlich der entsprechende Auftrag an ein qualifiziertes Planungsbüro vergeben werden konnte. Die Planer haben nun ein Jahr Zeit, um das neue Konzept zu erstellen.

Dafür haben wir lange gekämpft. Ich freue mich riesig, daß es nun endlich konkret wird und wir mit der Erarbeitung des neuen Konzeptes starten. Jetzt geht es u.a. darum, den vorgesehenen Beirat für das Radwegkonzept schnell zu etablieren und Vorschläge, Ideen und Wünsche in den Planungsprozeß einzubringen. Dazu rufe ich alle Radinteressierten aus dem Barnim ausdrücklich auf.

Den gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU zur Evaluierung und Fortschreibung des Radwegkonzeptes von 2016 beschloß der Kreistag im September 2020. Im Juli 2022 übergab eine daraufhin beauftragte Ingenieurgesellschaft die Leistungsbeschreibung für die Ausschreibung des eigentlichen Planungsauftrages.

Die öffentliche Ausschreibung der Hauptleistung »Erstellung eines Radverkehrskonzeptes für den Landkreis Barnim« erfolgte im September 2022 mit einem vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb. Der Teilnahmewettbewerb endete am 13. Oktober. Am 21. Oktober erhielten vier der ausgewählten Büros eine Aufforderung zur Angebotsabgabe. Im Dezember startete nun die einjährige Leistungsphase. Wenn alles planmäßig verläuft, wird das neue Konzept also im Dezember 2023 vorliegen. Der Landesbetrieb Straßenwesen fördert die Konzepterstellung

mit 45.000 Euro. Gesichtspunkte, die im neuen Konzept berücksichtigt werden sollen, sind u.a. der Alltagsradverkehr, die touristische Radinfrastruktur und ein Unterhaltungskonzept für die vorhandenen Radwege. Der zu gründende Beirat soll alle für den Radverkehr relevanten Verbände und Institutionen wie ADFC, VCD, Tourismusbeauftragte, Verwaltungen, Polizei und BBG einbeziehen.

HEIKE WÄHNER, Bündnis 90/Die Grünen



»Ahrensfelde summt« hatte bereits im vorigen Winter fleißig an der Benjeshecke am Blumberger Sportplatz gearbeitet. Am 18. Februar startet eine erneute Aktion.

Schleppen für die Bienen

»Ahrensfelde summt!« pflegt Weidenbiotop

Die Initiative »Ahrensfelde summt!« lädt zum öffentlichen Naturschutzeinsatz auf das Sportplatzgelände in Blumberg ein. Am 18. Februar wird bei einer gemeinsamen Aktion der Initiativen-Mitglieder aus Holzschnitt ein neues Biotop für Insekten, Nagetiere, Reptilien und Vögel in Form einer Totholzhecke gebaut. Dazu werden die Teilnehmenden Holzpfosten der Reihe nach in den Boden setzen und zwischen ihnen Astwerk aufschichten. Das benötigte Holz stammt vom Rückschnitt eines ebenfalls auf dem Gelände wachsenden Weiden-Biotops. Die Weiden werden künftig durch den Regionalpark Barnimer Feldmark e.V., die Ballspielvereinigung Blumberg e.V. und die Gemeinde Ahrensfelde zu Kopfwalden entwickelt.

Initiative erbittet Unterstützung

»Weiden blühen sehr früh im Jahr und sind daher eine ideale Futterpflanze für unsere Honigbienen, dem Wappentier unserer Initiative«, erläutert David Sumser den Hintergrund des Aktionstages. »Die Bäume am Blumberger Sportplatz werden zu Kopfwalden entwickelt und somit langfristig als wertvolles Biotop und ansehnliches Kulturlandschaftselement erhalten. Alle Interessierten sind herzlich dazu eingeladen, uns beim Schleppen und Aufschichten des anfallenden Materials zu einer lebensraumspendenden Totholzhecke zu helfen. Große und kleine Hände werden gebraucht!«

Bereits im vergangenen Februar hatte die Initiative einen Teil der Fläche bearbeitet. »Das Ergebnis, zahlreiche junge Kopfwalden und einige Meter Totholzhecke, bereichert seitdem die örtliche Biodiversität in Blumberg und der Barnimer Feldmark«, heißt es aus dem Kreis der Initiative.

Gummistiefel und Handschuhe

»Die Sägearbeiten und das Setzen der Pfähle für die Hecke übernimmt für uns ein Dienstleister, für alles andere ist die Unterstützung der Agentur Ehrenamt Bernau und Ahrensfelde, des Sportvereins BSV Blumberg und der hoffentlich zahlreichen Freiwilligen eingepflanzt«, blickt Susanne Erbe, Mitarbeiterin der Gemeinde Ahrensfelde, voraus. Teilnehmende brauchen lediglich festes, möglichst wasserdichtes Schuhwerk und Arbeitshandschuhe. Los geht es um 10 Uhr. Treffpunkt und Einsatzort ist der Zaun des Sportplatzes, in Verlängerung der Straße »Hönower Spitze« in Blumberg, Gemeinde Ahrensfelde.

Informationen zur Initiative »Ahrensfelde summt!«, künftigen Aktionen und Mitmachangeboten sind unter ahrensfelde.deutschland-summt.de und auf Facebook in der Gruppe »Ahrensfelde summt!« zu finden.

Die steigende Flut des Russenhasses

Zum Rücktritt von Anastassija Archipova vom Juryvorsitz des Hans-Christian-Andersen-Preises und neuem Streit um einen geplanten Auftritt von Anna Netrebko bei den Internationalen Wiesbadener Maifestspielen 2023.

Der Haß auf Rußland ist im Baltikum und bei den osteuropäischen Nachbarn, wenn wir von Weißrußland absehen, tief verwurzelt. Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine hat ihn befeuert und transformiert. Jetzt steht nicht länger eine politische Struktur, die Hegemonie Rußlands im Fokus, sondern jetzt geht es um die Menschen, die Objekte des Hasses sind, so daß man von einem regelrechten Russenhaß sprechen muß. Dieser Haß trübt unsere Wahrnehmung des Baltikums und unserer osteuropäischen Nachbarn, weshalb wir uns immer wieder ins Gedächtnis rufen müssen, daß nicht alle Balten und Osteuropäer Russenhasser sind.

Der Russenhaß ergreift aber auch mehr und mehr die westeuropäischen Gesellschaften und die USA. Absurderweise entfaltet er sich vor allem in der Sphäre von Kunst und Kultur. Kunst- und Kulturschaffende aus allen Bereichen russischer Herkunft sind diesem Haß ausgesetzt und werden zunehmend von den kulturellen Institutionen ausgeschlossen. Da muß der russische Chefdirigent in München gehen, da wird Anna Netrebko angefeindet, da werden Musik- und Theaterstücke von russischen Komponisten und Autoren abgesetzt (BBP 9/2022). Das ist eine Entwicklung, die nicht ignoriert werden sollte, denn sie rührt an unsere Grundsätze, sie gefährdet die Freiheit der Künste und wie am jüngsten Beispiel, dem durch eine Haßkampagne erzwungenen Rücktritt von Anastassija Archipova vom Juryvorsitz des Hans-Christian-Andersen-Preises, zu zeigen ist, auch die demokratischen Verfahren in internationalen Kulturinstitutionen.

Der Hans-Christian-Andersen-Preis ist die renommierteste Auszeichnung für Kinder- und Jugendliteratur und wird vom International Board on Books for Young People (IBBY, Internationaler Ausschuss für Jugendliteratur) seit 1956 alle zwei Jahre vergeben. Der IBBY wurde vor 70 Jahren gegründet, inzwischen arbeiten hier 80 Landesverbände zusammen, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Entwicklung von Kinder- und Jugendbüchern zu fördern und junge Leute mit Büchern zu versorgen. Da die Mitglieder aus verschiedenen Konfliktzonen kommen, ist es für die gemeinsame Arbeit notwendig, daß die Delegierten der Landesverbände nicht als Repräsentanten der jeweiligen Regierungen der Herkunftsländer angesehen und für deren Taten verantwortlich gemacht werden, sondern als Personen, die sich dem gemeinsamen Ziel verpflichtet fühlen, die Kinder- und Jugendbuchliteratur zu fördern.

Als Juryvorsitzende für die Vergabe des Hans-Christian-Andersen-Preises 2024 wurde die russische Buchillustratorin Anastassija Archipova

von der Mitgliederversammlung des IBBY im September 2022 gewählt. Weder gegen die Kandidatur noch gegen die erfolgte Wahl wurden seitens der Mitglieder auf der Versammlung Einwände erhoben. Frau Archipova ist ein langjähriges Mitglied des IBBY und hat dem Verband viele Jahre als Vorstandsmitglied und in der Jury gedient. Sie ist eine international anerkannte Buchillustratorin mit vielen Veröffentlichungen.



Anastassija Archipova

FOTO: SYKLIMIRIN (CC ASA 4.0)

Eine Kampagne gestützt auf falsche Anschuldigungen und böswärtige Unterstellungen

Plötzlich äußerten die baltischen und skandinavischen Landesverbände Kritik an der Juryvorsitzenden, die im Januar vom Bürgermeister von Odense, dem Geburtsort Andersens, aufgegriffen wurde, der den Rücktritt von Frau Archipova forderte mit dem Hinweis, diese sei Vorstandsmitglied im Moskauer Verband der Künstler und Künstlerinnen (MOCX), der kürzlich Kinder und Jugendliche zu einem Wettbewerb für Kriegspropaganda aufgerufen habe. Deshalb sei diese Juryvorsitzende nicht tragbar.

Diese Vorwürfe waren zwar nicht haltbar und basierten auf falschen Anschuldigungen und böswärtigen Unterstellungen, denn Frau Archipova ist nicht Mitglied des MOCX und hat mit der Kriegspropaganda dieses Verbands nichts zu tun, wie sie klarstellte, aber das wurde nicht mehr gehört. Königin Margarete II. von Dänemark, langjährige Schirmherrin des Andersen-Preises, legte am 4.6.2022 diese Schirmherrschaft nieder mit dem Hinweis, es gebe im IBBY Konflikte um den Juryvorsitz und die Königin könne nicht Teil dieses Streites sein (Pressebüro der Krone). Daß die Niederlegung der Schirmherrschaft durchaus eine Parteinahme für die Verleumder und Ehrabschneider darstellt, das verstehen weder die Königin noch ihr Pressebüro.

Diese erfolgreiche Kampagne ist Ausdruck eines irrationalen Kulturkampfes, der russischen Staatsangehörigen jede kulturelle Arbeit versagt. Entscheidend ist nicht das Verhalten, sondern die Staatsangehörigkeit.

Das kommt im Statement der Vorsitzenden des schwedischen IBBY-Abteilung Margaretha Ullström im dänischen Rundfunk mit Blick auf Anastassija Archipova ganz klar zum Ausdruck: **»Es ist schwierig, ohne die Akzeptanz der russischen Regierung international aktiv**

zu sein. Deshalb wird sie, unabhängig davon, was sie über den Krieg denkt, zu einem Symbol.«

Am 10.1.2023 wurde in einer Pressemitteilung des IBBY der Rücktritt der Juryvorsitzenden des Andersen-Preises bekannt gegeben:

»Anastassija Archipova ist auf der 38. allgemeinen Mitgliederversammlung des IBBY in Malaysia im September 2022 demokratisch gewählt worden. Es waren die Vertreter von 42 Landesverbänden anwesend. Es gab keinen Widerspruch gegen ihre Kandidatur und auch keine Einwände, als sie gewählt war. Dennoch ist sie sich der Außenwirkung bewußt. In Anbetracht der Bedeutung der Arbeit des IBBY und seinem Ansehen in der Welt hat sie ihren Rücktritt als Juryvorsitzende des Hans-Christian-Andersen-Preises angeboten und der Vorstand des IBBY hat ihn angenommen.« (PM. 10.1.2023)

Es ist unbekannt, wie am 10.1.2023 die Diskussion im Vorstand des IBBY geführt wurde und wie es zum Rücktrittsangebot der Juryvorsitzenden gekommen ist. Die Präsidentin des Verbands hatte zwar in ihrem Brief vom 6.1.2023 an die Kritiker sehr deutlich gemacht, daß die Anschuldigungen gegenüber Anastassija Archipova unbegründet sind, aber die Haßkampagne gegen die Russin war dennoch erfolgreich.

Neuer Streit um Anna Netrebko

Am 7. Januar 2023 veröffentlichte die ukrainische Regierung eine Sanktionsliste mit 119 Namen von russischen Kunst- und Kulturschaffenden. Anna Netrebko steht auch auf dieser Liste.

Sie sollte beim Internationalen Wiesbadener Maifestival 2023 in »Nabucco« auftreten. Der Intendant des Wiesbadener Staatstheaters Uwe Eric Laufenberg wollte das Festival »allen politischen Gefangenen in dieser Welt« widmen. In einer Presseerklärung wurde unter anderem auf die in Rußland inhaftierten Oppositionellen Alexej Nawalny, Ilja Jaschin und Wladimir Kara-Mursa hingewiesen.

Auf dem Festival sollten ferner zwei ukrainische Ensembles, das Taras-Schewtschenko-Theater aus Charkiw mit Albert Camus »Caligula« und das Ukrainische Nationalorchester mit Verdis »Requiem« auftreten. Der ukrainische Generalkonsul Vadym Kostjuk erklärte, der Auftritt der beiden ukrainischen Ensembles stehe **wegen Netrebkows Engagement** auf der Kippe. Daraufhin hat der Ministerpräsident Boris Rhein die Schirmherrschaft über das Internationale Maifestival in Frage gestellt. Wird die hessische Kulturpolitik von Kiew diktiert, wo erbitterter Russenhaß das Denken und Fühlen bestimmt?

HARTMUT LINDNER

Sylvia Vardell, Präsidentin des IBBY an die Kritiker aus Odense am 6.1.2023

(Auszüge, Übersetzung H. Lindner)

»Sehr geehrte Peter Rahbæk Juel, Stefan Birkebjerger Andersen, Henrik Harnow, and Torsten Bøgh Thomsen...

Die gegenwärtige Vorsitzende der Jury des Hans-Christian-Andersen-Preises ist Anastassija Archipova und sie ist eine ausgezeichnete Wahl für diese Aufgabe. Gegenwärtig ist sie Professorin an der Moskauer Akademie für Kunst und Industrie Stroganov und seit mehr als 20 Jahren ist sie Mitglied im IBBY.

2006 bis 2020 war sie gewähltes Mitglied des Vorstands des IBBY, wie auch Mitglied der Jury des Hans-Christian-Andersen-Preises. Als Künstlerin und Illustratorin hat sie weltweit Bücher für junge Leute veröffentlicht, von Brasilien bis Korea. Sie ist eine hochqualifizierte und sehr erfahrene Spezialistin auf dem Gebiet der Illustration für Kinder und Jugendliche. Sie ist keine Unterstützerin des Völkermords oder des russischen Angriffs auf die Ukraine und sie hat niemals den Krieg verteidigt. Sie hat keine Position in der Leitung des höchst umstrittenen und propagandistischen Moskauer Zweigs des Russischen Verbands der Künstler (MOCX), einer Organisation, die mit dem Moskauer Verband der Künstler (MOX) verwechselt wurde, in dem sie ein langjähriges und angesehenes Mitglied ist. Sie ist rechtmäßig als Vorsitzende der Jury für den Andersen-Preis von der Mitgliederversammlung des IBBY beim Kongreß in Malaysia im September (2022) gewählt worden. Bei der Wahl waren die Repräsentanten der Landesverbände von Dänemark, Schweden und von weiteren 40 Ländern anwesend. Es gab keinen Widerspruch zu ihrer Kandidatur und es gab keine Einwände, als sie gewählt war.

Vor diesem Hintergrund sind wir uns voll bewußt, in welcher schwierigen Lage der Verband ist und welcher Schaden dem Preis und dem Namen Hans Christian Andersens durch das Bild, das durch soziale Medien erzeugt wurde, zugefügt wurde. Deshalb wurde eine außerordentliche Sitzung des Vorstands für den 10. Januar einberufen, bei der es um die aktuelle Krise geht. Wir sind betroffen, daß ein freundliches und hart arbeitendes Mitglied des IBBY wie Anastasia so verleumdet wurde. Sie fühlt mit den Ukrainern, vor allem mit den Kindern, hat aber wenig Möglichkeiten, ihre Sichtweise in einem repressiven Land wie Rußland kund zu tun. Aber sie hat auch die Wahrnehmung der Außenstehenden im Blick, wie wir alle.

Wir hoffen auf Ihre Unterstützung, wenn wir diese Fragen auf der kommenden Sitzung abwägen.«

»Sieg Heil, Ihr Wilhelm«

Hohenzollern wollen für Kollaboration entschädigt werden

Am 23. Juni 2023 soll vor dem VWG Potsdam das Verfahren zu den Entschädigungsforderungen der Nazi-Kollaborateure des »Hauses Hohenzollern« mündlich verhandelt werden. Eine Blamage für unser Land! Da soll über die Entschädigung für das ehemalige »Haus« Hohenzollern verhandelt werden, für Vermögenswerte, welche durch die sowjetische Siegermacht wegen der nachweislichen Nazi-Kollaboration der Hohenzollern enteignet wurden.

Das Unvermögen unserer Vorväter, eine ordentliche Revolution ohne Bahnsteigkarten zu organisieren, den Kaiser und seine Militärführung zu verhaften und als Kriegsverbrecher für den Massenmord von 17 Millionen Menschen, eigene und Fremde, vor Gericht zu stellen und den Adel wie in Österreich abzuschaffen, haben uns in diese Situation gebracht.

Der Historiker Professor Stephan Malinowski hat in seinem hervorragenden Werk *»Die Hohenzollern und der Nationalsozialismus«* tief-schürfend die Beteiligung der Hohenzollern und namentlich des Ex-Kronprinzen und seiner Familie am Emporkommen der Nazis nachgewiesen. Es sei hervorgehoben, daß das Bundesarchiv in Berlin eine Fülle von Beweisen im Bestand hat, unter anderem die Speichellecker-Briefe des Ex-Kaisers und des Ex-Kronprinzen mit *»Sieg-Heil Ihr Wilhelm«* unterschrieben und die Glückwünsche des Kaisers zu den Siegen im Westen etc.

Halbherzig haben die Linken versucht, Stimmen für einen Bürgerentscheid zu sammeln, um gegen die Hohenzollern-Entschädigung zu protestieren. Sie haben jedoch nicht mal annähernd die notwendigen Stimmen eingefahren, weil sie mit den Bürgern nicht ausreichend darüber kommunizierten. Wen wundert's, daß die Linken nicht mal das organisieren konnten. Dort weiß wohl niemand mehr, was wirklich links ist und wie man Bürger einbezieht.

Einen Ratschlag gibt es für eine Wiederholung: Sebastian Walter hätte wohl doch vorher mal mit Kollegen der BVB/Freie Wähler im Landtag reden sollen. Die hätten ihm sagen können, wie man in kürzester Zeit in Brandenburg gegen die Landtagsmehrheiten 108.000 Unterschriften für eine Volksinitiative (z.B. gegen Straßenausbaubeiträge) sammeln kann. Das wäre ein Erfolg gewesen: 100.000 Stimmen gegen die Hohenzollern-Kollaborateure!

BERND C. SCHUHMAN

Waldverkauf an Hauptputschist

Wie das Magazin *»Spiegel«* berichtete, kaufte Reichsbürger-Aktivist Heinrich XIII. Prinz Reuß Anfang Dezember kurz vor seiner Verhaftung vom Bund knapp 400 Hektar Wald. Die Größe des Waldareals in Thüringen ließ aufmerken. Auf parlamentarische Anfrage der Bundestags-

abgeordneten Gesine Lötzsch (Linke) erklärte das Bundesfinanzministerium, daß es sich um *»forstwirtschaftliche Flächen im Umfang von rund 394 Hektar zu einem Kaufpreis von rund 1 Million Euro«* handelt, wobei der Kaufvertrag zwischen dem Bund und Prinz Reuß am 5. Dezember beurkundet wurde – zwei Tage vor dem Spezialkräfte-Einsatz der Polizei.

Das ist in vielerlei Hinsicht bemerkenswert. Wie ist es möglich, daß das Finanzministerium Wald an Privatpersonen ohne eine zeitgemäße gesellschaftspolitische Prüfung und ohne einen Mitzeichnungsgang durch berührte Bundeseinrichtungen verhökert? Es hilft sehr wenig, wenn nach Bekanntwerden des Grundstücksgeschäfts das Bundesfinanzministerium Schadensbegrenzung übt. Jetzt wird glatt behauptet, der Kaufvertrag sei nur *»schwebend unwirksam«* und werde nicht genehmigt. Wer darf das wohl glauben?

Warum verkauft das Lindner-Ministerium überhaupt noch Wald, wo es der doch so nötig hat? Hat das Finanzministerium noch nie etwas vom Waldsterben gehört? Überdies gibt es sehr wichtige gesellschaftliche Ziele zum Klimaschutz und zur Biodiversität, die sich im bundeseigenen Wald sehr gut umsetzen ließen. Haben wir es wirklich so dick?

THOMAS TOBLER | 13

Kiewer Mogila-Akademie :

Russische Sprache verboten

Kiew (bbp). Die Verwaltung der Mogila-Akademie in Kiew hat den Gebrauch der russischen Sprache innerhalb der Mauern der Hochschule offiziell verboten. Dies berichtete das Mitglied des Aufsichtsrates der Universität Gennadi Subko, der ehemaliger stellvertretender ukrainischer Ministerpräsident ist:

»Es ist verboten, die russische Sprache innerhalb der Mauern der Nationalen Universität Kiewer Mogila-Akademie zu verwenden. Da an der Universität schon lange kein Russischunterricht mehr stattfindet, betrifft das Verbot nun auch die zwischenmenschliche Kommunikation. Das gilt für alle: Lehrer, Schüler, Verwaltungspersonal.«

Die Kiewer Mogila-Akademie ist eine der ältesten Universitäten der Ukraine. Sie wurde 1615 gegründet und gilt als eine der renommiertesten Universitäten des Landes.

Leningrader Blockade:

»Alle sind tot...«

Vor 80 Jahren* wurde die Blockade Leningrads teilweise durchgebrochen. Aber es dauerte ein weiteres Jahr, bis die Blockade vollständig gebrochen war.

Das Leid und der Mut der Leningrader dürfen nie vergessen werden. Vom 8. September 1941 bis zum 27. Januar 1944 erlebten die Bewohner und Verteidiger von Leningrad 872 Tage unvorstellbaren Leidens. Nach verschiedenen Quellen starben an Hunger und durch Beschuss etwa eine Million Menschen, Zehntausende kamen während der Evakuierung ums Leben. Die Straße des Lebens über den Ladogasee, auf der Lebensmittel und Munition nach Leningrad geschickt und die Bevölkerung evakuiert wurden, stand unter ständigem Beschuss durch die deutschen Faschisten.

Im Winter mußten die Menschen bei Temperaturen bis -30/-40°C ohne Heizung, Strom und Wasserversorgung aushalten. Der Newa-Fluß wurde für die belagerte Stadt zur wichtigsten Wasserquelle. Die erschöpften Menschen mußten einen für viele zu langen Weg zum Fluß überwinden. Die Hungersnot war so schrecklich, daß die Menschen vor Erschöpfung umfielen. Hunderte von Leichen lagen auf den Straßen. Niemand konnte sie begraben. Als Tauwetter kam, räumten Komsomolzen die Leichen weg, damit es keine Epidemie gibt.

Eine der traurigsten Erinnerungen an die Tragödie der Blockade ist das Tagebuch von Tanja Sawitschewa. Tanja und ihre Familie blieben im belagerten Leningrad. Das Mädchen beschrieb im Tagebuch das Grauen der Blockade, während der alle ihre Verwandten starben. Die zwei letzten Zeilen Tanjas Tagebuches lauten: »Alle sind tot. Nur Tanja ist übriggeblieben.« Tanja wurde evakuiert, aber sie starb an den Folgen der Unterernährung während der Blockade.

NORBERT GLASKE

* Im bislang unveröffentlichten Originaltext vom Januar 2020: Vor 78 Jahren.

Mist gelernt...

Auszug aus dem Lehrstoff der 7. Klasse Staatsbürgerkunde in der DDR: ... im Kapitalismus manipulieren politische Lobbyisten permanent die Preisregularien von Angebot und Nachfrage, um maximale Profite zu generieren. Sie nutzen dazu Lügen, die Ausschaltung von Konkurrenten und die Provokation zu Krisen und Kriegen. Aus diesen Ereignissen nachfolgender Verknappung von Rohstoffen und Waren und damit Verteuerung, erzielen sie hohe Gewinne... – Was wir in der DDR aber auch für einen Mist gelernt haben.

(von einer BPP-Leserin in Whatsapp gefunden, wo es »häufig weitergeleitet« wurde)

Vor 80 Jahren:

Blockade Leningrads gebrochen

Am 18. Januar 1943 trafen südlich des Ladogasees die Angriffsspitzen der Wolchow- und der Leningrader Front zusammen. Damit war die vollständige Blockade Leningrads gebrochen und die Landverbindung wieder hergestellt. Bis zum 30. Januar kämpften die sowjetischen Truppen einen 8 bis 11 Kilometer breiten Korridor frei. Bereits am 22. Januar begann die Wiederherstellung der Bahnlinie nach Leningrad, die am 6. Februar in Betrieb ging.

Der schmale Landkorridor lag allerdings weiterhin in der Reichweite der faschistischen Artillerie. Mit der am 10. Februar beginnenden Operation »Polarstern« sollte diese Gefahr beseitigt und die Blockade vollständig aufgehoben werden. Unter großen Verlusten wurden bis zum 13. Februar etwa 5 bis 6 Kilometer Geländegewinn erzielt, ohne jedoch die Bedrohung des Korridors aufheben zu können. Auf deutscher Seite wurde die sogenannte »Blaue

Division« aus spanischen »Freiwilligen« nahezu vernichtet. Die Reste der spanischen Division wurden nach Deutschland zurückgezogen, wo sie schließlich aufgelöst wurde. Die Operation »Polarstern« wurde ab Mitte Februar weiter südlich im Bereich Demjansk weitergeführt. In der Folge zog sich die 16. deutsche Armee bis Ende Februar aus dem Demjansker Frontvorsprung zurück und verstärkte mit den freigewordenen Divisionen ihre Verteidigung. Die Kämpfe gingen noch bis Anfang April weiter, aber der Landkorridor nach Leningrad blieb weiterhin im Zielbereich der faschistischen Artillerie.

Auch ein erneuter für beide Seiten verlustreicher Versuch im Sommer 1943 erreichte sein Ziel nicht. Erst am 27. Januar 1944 konnte die Rote Armee im Rahmen der Leningrad-Nowgoroder Operation die Blockade von Leningrad vollständig aufheben.

G.M.

Stalingrad: Anfang vom Ende des Hitler-Faschismus

Etwa zeitgleich zum Aufbrechen des Blockaderrings um Leningrad kapitulierten in Stalingrad am 20. Januar und 2. Februar die letzten Reste der einst so stolzen 6. Armee der faschistischen Wehrmacht. Im November waren rund

330.000 Mann bei Stalingrad eingekesselt worden. Als sie kapitulierten, waren nur noch 90.000 Soldaten übrig, halb verhungert und erfroren und völlig entkräftet. Nur 6.000 kehrten in ihre Heimat zurück.

G.M.

Alternative Prominente (Folge 24):

Robert, der Luftgeiger

Es gab den Robert (Klein? – der Name ist nicht ganz sicher). Er war die Konkurrenz zum Schrottsammler Erich Bischoff, der im ersten Artikel dieser Serie vorgestellt wurde. Im Gegensatz zu diesem trug er keinen grauen Kittel, sondern er war stets mit einem rotkarierten Jackett bekleidet, an dessen linken Revers eine strahlend weiße Chrysantheme prangte. Gelegentlich trug Robert auch einen von zwei Hüten. Einer für den Sommer und einer für die kälteren Tage.

Robert war von mittelgroßer Gestalt, schlank, ungefähr 50 Jahre alt, und hatte stets einen hochroten Kopf, der irgendwie zu seinem Jackett paßte. Sein Sommerhut war eine Besonderheit. Dieser bestand nur aus der Hutkrempe, so daß im Sommer die Sonne noch einen zusätzlichen Sonnenbrand auf seiner ohnehin schon roten Glatze verursachte. Eine Bürgerin kommentierte einmal diese Erscheinung mit den Worten: »Da guckt ja oben die Kniescheibe raus«.

Man sah Robert morgens, einen Handwagen voller Sammelschrott hinter sich herziehend, meistens in der Friedrich-Ebert-Straße in Richtung Alte Kreuzstraße, wo sich ein Schrotthändler befand. So zirka zwei bis drei Stunden später, also am späten Vormittag, begegnete man Robert wieder in der Friedrich-Ebert-Straße. Dann hatte er bereits das eingenommene Geld für den abgelieferten Sammelschrott in

der dem Schrotthändler gegenüberliegenden Kneipe versoffen, und torkelte stets fröhlich lächelnd mit leuchtenden Kinderaugen durch die Stadt. Er befand sich immer in der ersten Phase eines Alkoholikers, in der man euphorisch die Umwelt wahrnimmt, aber noch vom Zustand der Hilflosigkeit und des Kontrollverlustes entfernt ist. Oft breitete er seine Arme weit aus, so als ob er alle umarmen wollte. In einigen Fällen benutzte er auch einen Krückstock, welcher selbigen er auch als Geigenbogen nutzte, um Luftgeige zu spielen. An einem sonnigen Sommertag versuchte er in der Nähe der alten Hubbrücke am Finowkanal Blumen zu pflücken. Dabei fiel er in den Kanal und ertrank. Die Moral von der Geschichte – es ist mitunter nur ein Stolperschritt, um vom Zustand des Besoffenseins in den Zustand des Erstoffenseins zu wechseln.

ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

Bürgerpost-Autoren 2022

Vor einem Jahr mußten wir an dieser Stelle berichten, daß erstmals aufgrund direkter Corona-Betroffenheit eine Ausgabe unserer unabhängigen Leserzeitung ausfallen mußte. Die Langzeitwirkungen in Form des sogenannten Long Covid behinderten leider auch im Jahr 2022 die redaktionelle Arbeit der »Barnimer Bürgerpost«.

Zuweilen benötigte der Redakteur die doppelte Zeit für die Bearbeitung einer Ausgabe. Für die Aprilausgabe fehlte so schlicht die Zeit. Aufgrund einer Reha im Mai fiel dann auch noch die Juni-Ausgabe aus. Erst mit der folgenden Doppelausgabe im Sommer gelang die Rückkehr zum geregelten Erscheinen. Mit der Winterausgabe im Dezember brachten wir es auf zwei Doppelausgaben und sechs Normalausgaben. Insgesamt 93 Autorinnen und Autoren sorgten 2022 für die inhaltliche Vielfalt der »Barnimer Bürgerpost«, von denen 44 auch 2021 aktiv waren. 49 kamen neu oder wieder hinzu (2021: 118, 2020: 142, 2019: 134, 2018: 119, 2017: 145, 2016: 137, 2015: 105, 2014: 120, 2013: 113, 2012: 116, 2011: 97). Im einzelnen gilt unser Dank:

Gisbert Amm, Anne Balzer, Ina Bassin, Steffi Bernsee, Amanda Birkmann, Annika Bischof, Karl-Heinz Blättermann, Doreen Boden, Veronika Brodmann, Ruth Butterfield, Andreas Büttner, Karl Diedrich, Oskar Dietterle, Karl Dietz, Florian Eblenkamp, Steffen Ehlert, Kurt Fischer, Evelyn Freitag, Dieter Gadischke, Astrid Gehrke, Sebastian Gellert, Hanns-Peter Giering, Norbert Glaske, Jürgen Gramzow, Janine Grünsteidl, Martin Günther, Clemens Herrmann, Götz Herrmann, Mascha Heß, Falk Hinneberg, Adina Hinneberg, Martin Hoock, Andrea Hoehne, Klaus Dieter Jäschke, Martin Jehle, Thorsten Jeran, Thorsten Kleinteich, Anette Kluth, Rainer Kroboth, Dr. Wilfried Kugel, Jenny Therese Kupfer, Karl-Dietrich Laffin, Eckhard Laurich, Hartmut Lindner, Nils Lönnes, Kornelia Lubke, Dr. Michael Luthardt, Dr. Dirk Manthey, Angela Matthes, Christian Mehnert, Klaus Meißner, Bernd Müller, Augusto Jone Munjunga, Elena Münster, Udo Muszynski, Ilona Nicklisch, Almuth Nitsch, Kurt Oppermann, Volker Passoke, Dr. Manfred Pfaff, Dr. Ulrich Pofahl, Sarah Polzer-Storek, Sascha Raddatz, Hans Jörg Rafalski, Elisabeth Rehbaum, Karla Rowold, Martin Ruhtz, Franz Schandl, Dr. Steffi Schneemilch, Bernd C. Schuhmann, Heiko Schult, Dr. Andreas Steiner, Sabine Stevenson, Maria Stroedter, David Sumser, Marcel Sydow, Patrick Telligmann, Thomas Tobler, Albrecht Triller, Christfried Tschape, Paul Venuß, Péter Vida, Nicole Vornum, Heike Wähner, Katharina Wawra, Michael Wedel, Sven Weller, Christine Wernicke, Thorsten Wirth, Julia Witte, Mirko Wolfgramm, Dr. Philip Zeschmann und Carsten Zinn.

Die namentlich gekennzeichneten Artikel sowie redaktionelle Texte und Notizen summieren sich im Jahr 2022 auf insgesamt 454 Beiträge. Die Fehlerquote blieb erträglich dank unseres aufmerksamen Korrekturkollektivs mit Kornelia Lubke, Karl Dietz und Thomas Tobler. Die Firma Grill & Frank sorgte gewohnt zuverlässig und schnell für den Druck der »Barnimer Bürgerpost«. Die meisten Abonnenten werden von unseren fleißigen Verteilern mit der jeweils aktuellen Ausgabe versorgt. Nur für einen Teil sind wir auf den Service professioneller Postdienstleister angewiesen. Ein Schwachpunkt bleibt weiterhin die Vertriebsorganisation, was bisher als Nebenbeschäftigung beim Redakteur hängen bleibt. Wir hoffen, daß es in diesem Jahr endlich gelingt, für den Vertrieb und die damit zusammenhängenden logistischen Aufgaben eine Lösung zu finden, vielleicht auch eine kollektive.

Dank sagen wir auch den Verkaufsstellen, in denen unsere Leserzeitung angeboten wird. In Eberswalde sind das die Buchhandlung Mahler (Eisenbahnstr. 7) und Globus Naturkost (Michaelisstr. 10). Hinzu kommen die Finowfurter Bücherstube Landgraf (Hauptstr. 167) und in Bernau die Buchhandlung Schatzinsel (Alte Goethestr. 2). Der Regionalladen »Krumme Gurke« wird nach einem Eigentümerwechsel seit September 2022 nicht mehr beliefert. Trotz Inflation und steigender Preise für Druck und

Vertrieb bleiben dank der Spenden unserer Förderabonnenten die Abopreise auch im Jahr 2023 auf dem seit 27 Jahren stabilen Niveau.

Zur beabsichtigten Weiterentwicklung der »Barnimer Bürgerpost« hatten wir bereits in der vorigen Ausgabe ausführlich informiert. Der Vereinsvorstand befaßte sich in seiner Sitzung am 19. Januar ausführlich mit diesem Thema und bestätigte auch erstmals seit längerer Zeit die Aufnahme eines neuen Vereinsmitgliedes, das zugleich viele neue Ideen mitbringt. Wenn alles klappt, wird die aktuelle Ausgabe die erste sein, die mit dem freien Satzprogramm Scribus erstellt wird. Je weniger Unterschiede Sie bemerken, desto besser wird der Umstieg gelungen sein.

Liebe Leserinnen und Leser, bringen Sie sich ein, als Autorin oder Autor, als Vereinsmitglied oder auch durch tatkräftiges Mittun bei der Organisation des Geschäftsbetriebs, insbesondere der Verteilung (Kontakt: vorstand@barnimerbuergerpst.de). Finanzielle Zuwendungen, Spenden oder Erbschaften – auch für unsere weiteren Projektbereiche (Geschichte der Arbeiterbewegung im Roten Finowtal einschließlich Archiv, Kiezmagazin Maxe) – sind selbstverständlich immer gern gesehen. Unsere Kontonummer finden Sie im Impressum auf der Seite 16.

GERD MARKMANN,
Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Freude bereiten...

Gemeinsam Lichterfelde e.V.



Viele Herzen wurden am 4. Advent warm, als zehn Mitglieder des Vereins *Gemeinsam Lichterfelde e.V.* die Bewohner der Seniorenresidenz Lichterfelde besuchten. Im Gepäck hatten sie viele bekannte Weihnachtslieder zum Zuhören und Mitsingen.

Das musikalische Programm wurde immer mal wieder mit kleinen vorgelesenen Weihnachtsgeschichten unterbrochen. Zum Schluß gab es langen Applaus und die Bitte, die Kooperation im nächsten Jahr fortzusetzen.

ADINA HINNEBERG

In eigener Sache

Wie in der Winter-Ausgabe angekündigt, haben wir für die Erstellung dieser Ausgabe erstmals das freie Open-source-Programm »Scribus« genutzt. Die zu erwartenden Vorteile haben wir beschrieben. Die Umstellung von dem einen Satzprogramm auf das andere hatte seine Tücken – und davon mehr als ursprünglich erwartet. Zusammen mit den bekannten hauseigenen Problemen führte das dazu, daß die aktuelle Ausgabe mit einer ganzen Woche Verspätung erscheint.

Natürlich haben wir bei der Umstellung eine Menge gelernt und hoffen sehr, daß die März-Ausgabe, vielleicht noch nicht pünktlich, aber doch mit deutlich geringerer Verzögerung erscheinen wird.

GERD MARKMANN, BBP-Redaktion

Atomwaffenverbotsvertrag

Am 22. Januar gab es etwas zu feiern: Der UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen ist vor genau zwei Jahren in Kraft getreten und hat inzwischen 68 Mitgliedstaaten. Jeder Beitritt ist ein Signal für nukleare Abrüstung, für Kooperation und für nachhaltige Entwicklung zu einer sicheren Welt. Der Vertrag verbietet erstmals umfassend den Einsatz, die Herstellung, die Stationierung und die Drohung mit Atomwaffen. Wir fordern: Auch Deutschland muß die nukleare Teilhabe beenden und dem Vertrag beitreten!

JOHANNES OEHLER | 15

Open air Sommerkino in Hobrechtsfelde: **Jetzt Wunschfilme wählen!**

Sommer, Sonne, Freiluftkino – alle Jahre wieder zieht es viele Filmfreunde in die zahlreichen Freiluftkinos. Kultige Kinofilme in lauen Sommernächten gibt es in diesem Jahr auch in Panketal. Jeweils am dritten Sonnabend im Juni, Juli und August in diesem Jahr wird das Gelände hinter dem Reitstall im Gut Hobrechtsfelde ab 20 Uhr zum lauschigen Treffpunkt für Filmfans. Die neue Veranstaltungsreihe »Open air Sommerkino Hobrechtsfelde« ist eine Kooperation zwischen der Agrar GmbH Gut Hobrechtsfelde und dem Kulturverein »Kunstbrücke Panketal e.V.« und erweitert das bisherige Filmangebot des Vereins um eine lockere Sommerfilmreihe.

Interessierte können bis Ende März unter www.kunstbrueckepanketal.de über die Film- auswahl abstimmen. Im April wird die endgültige Filmauswahl veröffentlicht.

Jeder Filmabend ist einem speziellen Genre gewidmet: Am 17. Juni wird ein Krimi oder Thriller gezeigt, am 15. Juli eine Komödie und am 19. August wird ein »Kultfilm« zu sehen sein. Für das passende Angebot an Getränken und Knabberereien wird ab 20 Uhr gesorgt. Stühle oder Decken sollten mitgebracht werden. Die eigentliche Filmvorführung beginnt jeweils ca. 21.30 Uhr (bzw. nach Sonnenuntergang).

»Die Idee dazu ist mindestens so alt wie die 'Kunstbrücke«, erklärt der Vereinsvorsitzende Niels Templin. »Allerdings fehlte uns der passende Ort und eine große Leinwand.« Auch Thomas Schuler von der Agrar GmbH trug den Gedanken an ein Sommerkino schon länger mit sich herum. Christoph Reckert, Betreiber des Ausflugslokals »Bier & Garten James Hobrecht«, brachte beide Parteien zusammen.

THORSTEN WIRTH

Bewerbungsfrist für Zukunftstag läuft

Ab sofort können sich Teenager zum *Boys- und-Girls-Day* anmelden, der am 27. April stattfindet. Dabei handelt es sich um einen bundesweiten »Schnuppertag«, der die Berufs- und Studienwahl frei von Rollenklischees erleichtern soll. Schülerinnen und Schüler ab dem 16. Lebensjahr können daran teilnehmen, um zum einen Berufe kennenzulernen, aber auch um

ihre individuellen Stärken und Talente zu entdecken. Erneut lädt auch die Alloheim Seniorenresidenz »Haus am Werbellinsee« dazu ein, Berufe des Gesundheitswesens in der Praxis kennenzulernen. Bewerben sollte man sich jetzt per eMail werbellinsee@alloheim.de oder telefonisch unter 033363/523-0.

ANGELA MATTHES

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 Euro)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 Euro)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit monatlich. Doppelausgaben für zwei Monate sind möglich. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Beim Vertrieb über einen Zustelldienst wird eine **Versandkostenpauschale von 9 Euro pro Jahr** erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle per Lastschrift per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeiten per Telefon und eMail siehe Impressum)

Frieden Jetzt!

Nein zur Kriegskonferenz!

Demo des »Bündnis für Frieden – Berlin« am 18. Februar 2023.

Alle, denen es nicht möglich ist, am Tag der Münchner »Sicherheitskonferenz« bei der großen *Macht Frieden! Demo* in München zu sein, sind eingeladen, auch von der Hauptstadt Berlin aus ein deutliches Zeichen setzen:

- Für Friedensverhandlungen statt Waffenlieferungen
- Für gesellschaftlichen Frieden ohne Ausgrenzung und Spaltung
- Für bezahlbare Energie- und Lebensmittelpreise, Schluß mit den Sanktionen

Start: 14 Uhr, Alexanderstraße 1, anschließend Umzug und Abschlußkundgebung

Das Bündnis besteht aus:

Friedensnoten, Freie Linke, Stadtzeitung, Mahnwache Potsdam, Wir sind Viele, Nachbarschaftsdialog, Protestnoten, Sebastian Pflugbeil, Handwerker für den Frieden, Freie Köpenicker, Free People, Räuchern für Mutter Erde, Radio Berliner Morgenröte, Oberhavel steht auf, Eltern stehen auf

Runder Tisch # 2

Am Montag, den 27. Februar, gibt es um 18 Uhr den zweiten Teil zur Aufarbeitung der Corona-Politik. Wir unterhalten uns über die persönlichen Erlebnisse, die jeder von uns in den letzten Jahren erfahren hat, über Grundrechtseingriffe, Impfdiskriminierung, Nebenwirkungen der Covid-Impfung und die Diffamierung jener, die sich für Grund- und Menschenrechte einsetzen. **Alle interessierten Bürger sind herzlich eingeladen!** Der Runde Tisch findet im Bürgerbildungszentrum, Puschkinstr. 13, 16225 Eberswalde statt.

HENRIETTE SCHUBERT

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill @ Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 25. Januar 2023

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normalabonnement 9 Euro, ermäßigt 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 25. Februar 2023.